



Merseburger Kreis-Blatt.

(Tageblatt.)

Vierteljährlicher Abonnementspreis: in der Expedition und den Ausgabestellen 1,20 Mark, mit Zubringerlohn 1,40 Mark, durch die Post bezogen 1,50 Mark, durch die Stadt- und Landbriefträger 1,90 Mark. **Ausgabe täglich** (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) **Nachmittags 3 Uhr** für den folgenden Tag. Inseraten - Annahme bis 9 Uhr Vormittags. Größere Inserate Tage zuvor.

Ämtliche Bekanntmachung.

Ich mache hierdurch bekannt, daß der Handarbeiter Karl Erbe aus Meuschau unterm 14. d. M. als Fleischbeschauer anerkannt und von mir verpflichtet worden ist.
Merseburg, den 14. Juni 1882.

Der Königliche Landrath.
J. B.: Der Kreis-Deputirte **Bogt.**

Fürst Bismarck's Mahnwort.

Wenn Fürst Bismarck im Reichstage spricht, dann gilt das für ein Ereigniß ersten Ranges. Die Abgeordneten sind vollzählig auf ihrem Platze, das Publikum drängt sich in Massen auf die Zuhörtribünen, dicht gedrängt stehen die Leute in athemloser Stille, um jeinen Worten zu lauschen. Am nächsten Tage will Jeder, der sich sonst nie um Parlamentsberichte kümmert, seine Rede lesen: jeder wird zum Politiker und fühlt an sich die gewaltige Macht, die das Ansehen des Kanzlers ausübt.

Wir finden diese Anziehungskraft und Wirkung einer Bismarck'schen Rede nur zu natürlich. Aber um so schmerzlicher muß man es empfinden, wenn die alte Gleichgültigkeit, nachdem die Neugierde oder das augenblickliche Interesse befriedigt worden, wieder Platz greift, und wenn die Parteien, nachdem sie aus dem großen Ereigniß neuen Stoff zur Befriedigung ihrer Interessen gewonnen, nun wieder den Kanzler „als Mann auf einsamer Höhe“, der „losgelöst vom Volke“ ist und „seinen Willen demjenigen der Nation“ entgegenstellt, behandeln.

Es ist mit der deutschen Nation weit gekommen, daß sie ihren Kanzler nur als eine Art „Weltwunder“ betrachtet und daß die Parteien in ihm das beste Angriffsobject erblicken. Wahrscheinlich, man erlebt es wieder: ein Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande. Auch die deutsche Nation kennt in vielen ihrer Glieder keine Dankbarkeit.

Es wäre unferem Volke gut, wenn es einmal wirklich in den Spiegel hineinschauen wollte, den ihm der Kanzler vorgehalten. Fürst Bismarck hat mit seiner Rede keine Partei angegriffen, er war weit davon entfernt, seinen schon zum Sprichwort gewordenen „Willen“ dem Volke aufzudrängen, er hat nur Zeugniß abgelegt vor der Mit- und Nachwelt für das, was er erstrebt und was die Erreichung seiner Ziele hindert, was Deutschland auf Abwege zu führen droht! Und dieses Zeugniß, dächten wir, müßte für jeden guten Deutschen einen besondern Werth haben.

Fürst Bismarck legte die Ziele seiner Steuerreformpolitik, die so häufig von seinen Gegnern verbunkelt werden, noch einmal klar dar: Aufhebung der drückenden Last der Klassensteuer mit

ihren Millionen Executionen, Entlastung der Gemeinden, Aufhebung des Schulgelbes. Das Tabakmonopol hat zur Erreichung dieser Ziele dienen sollen, es war nur das Mittel, keineswegs der Zweck.

Alle Parteien — mit Ausnahme der Fortschrittspartei — wissen es dem Kanzler Dank, daß er die Wirthschafts- und Steuerreform auf seine Fahne geschrieben; man erkennt die Wichtigkeit und Nothwendigkeit einer Steuerreform ebenso wie die der Zollreform an, und doch hat die Mehrzahl der Parteien noch nichts zur Verwirklichung der ersteren gethan. Man tadelt des Kanzlers Methode, man tadelt dieses von ihm zur Befriedigung der Reformbedürfnisse vorgeschlagene Mittel und jenen von ihm empfohlenen Weg. Kurz er kommt nicht weiter, weil sich die Opposition immer an Einzelheiten hängt.

Und hieran ist nach dem Zeugniß des Fürsten Bismarck wesentlich das Fraktionsunwesen Schuld. In der That sind es meist Fraktions- und Parteiinteressen, die sich hinter dem volltönenden Namen des „Willens der Nation“

Anna Poleyn.

Historische Novelle von **H. Hofmann.**
(Fortsetzung.)

Diese Drohung Heinrichs verfehlte indessen auf Anna Poleyn vollständig ihre Wirkung, denn sie fühlte sich nicht im Geringsten dadurch eingeschüchtert, im Gegentheil machte sie ihre sittliche Entrüstung stark und mit hochauferichteten Haupten und dem König fest in's Antlitz schauend, entgegnete sie in feierlichem Tone:

„Ew. Majestät, der Gebieter über Kriegsheere und Leibtruppen und der unumschränkte Herr von England, können die arme Anna Poleyn wohl vom Hofe verstoßen oder können Sie einsperren, ja martern und tödten lassen, aber niemals wird Anna Poleyn darenin willigen, in ein sträfliches Verhältniß zu Ew. Majestät zu treten.“

Diese mythvollen Worte des Hofräuleins machten einen sichtlichn Eindruck auf König Heinrich, es wurde ihm mehr und mehr klar, daß er sich in dem Character Anna Poleyn's vollständig geirrt hatte und da sein Herz von heißer Liebe für Anna erfüllt war, verschmähte er jede fernere Drohung und schritt erregt in dem Zimmer auf und ab, das Hofräulein bangend und erwartungsvoll vor sich stehen lassend.

So schön, so liebreizend und so groß und erhaben wie Anna Poleyn war Heinrich noch kein weibliches Wesen begegnet und er, der selbstherrliche König, der stets gewohnt war, seinen Willen in Thaten umzuwandeln, glaubte Anna Poleyn, die ihm als die Krone aller Frauen

erschien, um jeden Preis besitzen zu müssen, doch fand er lange keinen Weg zu diesem Ziele und immer lief er noch unruhig auf und ab.

Endlich hatte Heinrichs Geist einen tollfühnen Plan gefaßt und plötzlich vor Anna Poleyn auf ein Knie sinkend und leidenschaftlich ihre Hände erfassend, rief der König in leidenschaftlichem Tone:

„Ich muß Dich besitzen, theuerste Anna, mag es kosten, was es wolle und mögen Jahre vergehen, ehe Du mein eigen wirst.“

Anna, die den Ausbruch der heftigsten Leidenschaftlichkeit des Königs fürchtete, wollte sich mit Gewalt aus seinen Händen befreien, aber Heinrich hielt sie fest und fuhr in plötzlich veränderten Tone ruhig und nachdrucksvoll fort:

„Liebes Kind fürchte Dich nicht vor mir, schenke mir Dein Vertrauen und schwöre mir, meine Gemahlin, die Königin von England zu werden, sobald kein gesetzliches Hinderniß dagegen mehr vorhanden ist.“

Anna Poleyn war von dieser Eröffnung zu Tode erschrocken.

„Ich . . . Ich . . . Königin von England und Ew. Majestät Gemahlin.“ bebten ihre Lippen. „Unmöglich, unmöglich! Wie kann ein einfaches Bürgerkind die Gemahlin Ew. Majestät werden und wie ist es möglich, wo Ew. Majestät schon vermählt sind. Meine gnädige Königin darf nicht durch mich unglücklich werden.“

„Aber, liebes Kind, Sorge und bange doch nicht um Dinge, die König Heinrichs, Deines Freundes, Deines Verehrers, Deines Beschützers Sorge sein müssen. Schon morgen soll die

ehrwürthe Familie, die so glücklich war, Anna Poleyn zur Tochter zu besitzen, in den Uebelstand erhoben werden und Du und die Deinen sollen sich mit meinen edelsten Lords messen dürfen und wer will es dann dem Könige von England wehren, das schönste Edelräulein, Anna Poleyn, zu seiner Gemahlin zu machen?“

„Aber, die Königin, Ew. Majestät Gemahlin?!“ warf Anna mit bebenden Lippen ein.

Heinrich mußte, was in diesen wenigen Worten für ein Einwand lag und schwieg verblüfft einige Sekunden, doch dann entgegnete er stürmisch:

„Meine Ehe ist ungerecht und unnatürlich zugleich abgeschlossen worden, es werden sich gesetzliche Mittel finden lassen, sie aufzuheben. Es ist dies Alles meine Sorge, theuerste Anna.“

„Aber nur nichts Böses, nicht Schlimmes vollbringen, Majestät. Lieber will ich sterben, als durch eine böse That —“

„Hörin, Hörin!“ rief der König, „ängstige Dich nicht und fürchte nichts, denn meine Ehe mit Katharina ist wider die Gesetze unferer heiligen Kirche abgeschlossen, wonach Niemand die Wittwe seines Bruders heirathen darf, für mich, den König, der über das Recht Gottes und der Menschen im Staate zu wachen hat, wahrhaftig Grund genug, um die Ungültigkeit meiner Ehe bei seiner Heiligkeit dem Papste zu beantragen. Auch wird der Königin Katharina und ihrer Tochter Maria dabei nicht das geringste Leid zugefügt werden.“

(Fortsetzung folgt.)

verbergen, welche ein ersprießliches Schaffen im Parlament bei dem Gegenfah dieser Interessen verhindern. So lange die Fraktionen nicht ihre Interessen denjenigen ihrer Auftraggeber rückhaltlos unterwerfen, so lange werden die wahren Bedürfnisse des Volkes nicht diejenige Berücksichtigung finden, welche sie erfordern.

Fürst Bismarck deutete auf die Gefahren, welche mit dieser Fraktionskrankheit verbunden sind. Sie verfinstert den nationalen Gedanken und macht das Parlament lediglich zum Schauplatz von Streitigkeiten welche dem Ansehen Deutschlands im Auslande leicht einen Stoß geben können. Seid eilig! war die Mahnung, welche er den Parteien an's Herz legte.

Wer wollte dieser Mahnung nicht freudig und dankbar zustimmen! Und dieser Hinweis auf den nationalen Gedanken fand — charakteristisch genug — bei der Fortschrittspartei Widerpruch, indem sie ihn mit Zischen beantwortete.

Wir kennen die Uebel, an denen unser politisches Leben krankt, wir kennen die Gefahren, die damit verbunden. Wöge die Kunde Kenntniß auch zur Erkenntniß werden und zur Einsicht dessen führen, was uns Noth thut. Wöge nicht nur im Parlament, sondern auch im Volke der nationale Gedanke wieder neue Kraft erhalten und verhindern, daß das mittelmäßige und oberflächliche Treiben derer fortwuchert, welche sich als die wahren Rathgeber der Nation ausgeben und dem Volke schmeicheln. Ihr seid gewarnt, — lernet!

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 19. Juni. Wie die Neue Preussische Zeitung schreibt, hat der Finanzminister Bitter seine Entlassung eingereicht und auch schon der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums nicht mehr beigewohnt.

Von Seiten der Westmächte ist den übrigen Mächten der Vorschlag gemacht worden, die Konferenz am 22. d. M. in Konstantinopel beaufsichtigt zu verhandeln über die ägyptische Frage zusammenzutreten zu lassen. Dieser Vorschlag ist von der deutschen Regierung angenommen worden und die hier eingegangenen telegraphischen Nachrichten lassen als sicher voraussehen, daß die Annahme auch durch die Kabinete von Rom, Wien und St. Petersburg stattfinden wird. Die Konferenz wird demnach nach Maßgabe ihrer Resultate mit der Pforte in Verhandlung treten. In Egypten haben der Scheib, Derwisch Pascha und Arabi Pascha den europäischen Vertretern gegenüber erklärt, die Garantie für die Erhaltung der Ordnung zu übernehmen.

Gms, 19. Juni. Se. Majestät der Kaiser stattete gestern der Prinzessin Eugenie von Oldenburg einen Besuch ab. Heute begann Se. Majestät die Trinkkur und machte später eine Promenade.

Siel, 19. Juni. Ihre Königl. Hoheit die Erbprinzeßin von Meiningen, welche auf der Durchreise nach Stockholm hier eingetroffen war und gestern bei Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Heinrich verweilte, begab sich Nachts nach Kopenhagen, um von dort über Kopenhagen nach Stockholm zum Besuche der Kronprinzessin von Schweden weiter zu reisen.

Paris, 19. Juni. In Bezug auf die Konferenz in Konstantinopel, deren Annahme seitens aller Mächte nunmehr als gesichert gilt, wird in hiesigen politischen Kreisen hervorgehoben, daß die Wahl Konstantinopels zum Konferenzort im Einvernehmen mit der türkischen Regierung beschloffen worden sei, um die Verhandlungen mit der Pforte zu erleichtern und zu beschleunigen.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

Merseburg 21. Juni.

† Der königliche Landrath macht unterm 14. Juni bekannt, daß der Handarbeiter Karl Erbe in Neuschau als Fleißgebauer anerkannt und verpflichtet worden ist.

† Dem 51. Rechenschaftsberichte der Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig für das Jahr 1881, dessen Bilanz sich im Inzeratenthelle unserer heutigen Nummer abgedruckt findet, entnehmen wir, daß die genannte Gesellschaft auch im vergangenen Jahre ihren Platz als eine der

größten und besten deutschen Lebensversicherungsanstalten behauptet hat. Die Mitgliederzahl ist Ende 1881 auf 31 390 Personen mit 171 Mill. Mark Versicherungssumme gestiegen. Das Vermögen, durchweg unbedingt sicher angelegt, belief sich auf über 34 Millionen Mark; darunter befinden sich gegen 7 Millionen Mark angeammelte Ueberflüsse, welche innerhalb der nächsten 5 Jahre den Mitgliedern der bekanntlich auf reiner Gegenseitigkeit beruhenden Anstalt unverkürzt als Dividende zurückgewährt werden. Die letztere beträgt im laufenden wie im vergangenen und vorvergangenen Jahre 40 % der ordentlichen Jahresprämie. Während ihres 51jährigen Bestehens hat die Gesellschaft gegen 88 Millionen Mark, hauptsächlich an Prämien und Zinsen, vereinnahmt, dagegen über 31 1/2 Millionen Mark für Sterbefälle und über 10 1/2 Millionen Mark als Dividende an ihre Vericherten gezahlt.

† Wie die Gerichte über die sogenannten „Schmugroschen“ denken, welche Dienstboten bei den ihnen übertragenen Einkäufen vielfach für sich einzubringen pflegen, das hat zu ihrem Schaden ein Berliner Dienstmädchen erfahren müssen, das sich jüngst vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. Die Angeklagte, welche ihrer Herrschaft drei Handtücher entwendete, beim Einkauf von Kolonial- und Waaren Beträge von 5, 10 bis 30 Pf. „Schmutz“ gemacht und schließlich zwei Atteste in ihrem Dienstbuche gefälscht bzw. selbst ausgestellt hatte, wurde wegen Diebstahls mit einem halben Monat, wegen Unterschlagung in 50 Fällen mit 2 1/2 Monaten, zusammen mit drei Monaten Gefängniß, und wegen der Urkundenfälschung mit 14 Tagen Haft bestraft, wofür letztere indeß durch die Vorurtheilung als verbüßt erachtet wurde.

† Der Durchschnitts-Marktpreis der Ferkel betrug in der Woche vom 11. bis 17. Juni pro Stück 10,50 bis 14,25 M.

** Im Laufe dieses Monats wird das Ober-Erbschlaggeschäft beginnen. Gegen die Entscheidungen der Ober-Erbschlagkommissionen über die körperliche Brauchbarkeit der Militärschlichtigen findet eine Berufung nicht statt (§ 30 des Reichs-Militärgesetzes.) Anträge auf Zurückstellung oder Freisetzung von Militärdiensten sollen zwar spätestens im Musterungstermin bei den Erbschlagkommissionen gestellt werden, jedoch können dieselben, wenn die Veranlassung zur Reclamation erst nach Beendigung des Musterungsgeschäfts entstanden ist, noch im Aushebungstermin vor den Ober-Erbschlagkommissionen angebracht werden. Die Beteiligten sind berechtigt, ihre Anträge durch Vorlegung von amtlich beglaubigten Urkunden und Stellung von Zeugen und Sachverständigen zu unterstützen. Es empfiehlt sich, wie die Erfahrung gezeigt hat, hiervon bei Reclamationen wegen körperlicher Fehler und Gebrechen, die bei einer ärztlichen Untersuchung nicht sofort erkennbar hervortraten, z. B. Rheumatismus, Schwerhörigkeit u. dgl., stets Gebrauch zu machen. Leidet der Militärschlichtige an Epilepsie, so müssen drei glaubhafte Zeugen gestellt werden.

** Für die Interessen der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt wird eine Bekanntmachung erlassen, der wir Folgendes entnehmen: Wer der Anstalt angehört, kann bleiben oder austreten; er kann auch, wenn er bleibt, die bisherige Versicherungssumme herabsetzen. Anträge der Art sind nur für den 1. April und 1. October jedes Jahres zulässig. Ein halbes Jahr nach Einreichung der Anträge muß der bisherige Beitrag noch fortgezahlt werden und eben so lange bleibt auch die Verpflichtung der Anstalt in Kraft. Vergütung für Austritt oder Pensionernämigung wird nicht gewährt.

Vermischtes.

* Die großen Amerika-Dampfer überhaften jetzt einer den andern in der ruhigsten Weise. In dem Bestreben, es der Concurrenzlinie in der Kürze der Fahrt zuvorzuthun, um die belobigende Note: „Die kürzeste Fahrt über den Ocean machte Dampfer A von der Y-Linie“, durch die Zeitungen gehen zu sehen, wird Leben der Passagiere und Sicherheit der mitbefördernden Güter auf's Spiel gesetzt. Man lese folgende Notiz

New-Yorker Blätter: „Der am vergangenen Sonnabend hier eingetroffene Dampfer „Alaska“ von der „Guion Linie“ hat die Fahrt von Queens-town bis Sandy Hook in 7 Tagen 4 Stunden und 10 Minuten zurückgelegt und damit die schnellste Reise zu verzeichnen, die noch bisher je über den atlantischen Ocean nach hier in westlicher Richtung gemacht wurde. An vier von den sieben Tagen, welche die Reise in Anspruch nahm, war nebliges Wetter, und zwar war der Nebel zeitweise ungemein dicht, doch ließ man das Schiff mit voller Fahrgewindigkeit laufen. Am 19. Mai, zu später Stunde, als sich die „Alaska“ etwa noch 500 Meilen östlich von Sandy Hook befand, kollidierte dieselbe, trotzdem die Nacht sternhell war, mit der Brigantine „Castalia“, von Richmond, Me., nach Philadelphia bestimmt, wobei das letztere Schiff sein Bugspriet und Ausleger verlor, während dem Dampfer etwa 20 Fuß von der Kelling auf der Steuerbordseite weggerissen wurden. Auch verschiedenen Eisbergen von ansehnlichen Dimensionen ist die „Alaska“ auf ihrer Reise begegnet, und ist die Vermeidung einer Collision mit einem solchen, die jedenfalls recht bedenkliche Folgen gehabt haben würde, bei der rasenden und von einem unverantwortlichen Schiffskinn der Schiffsofficere zugehenden Fahrt des Dampfers geradezu als ein ganz besonderer Glücksumstand zu bezeichnen. Erwähnenswerth und viel bezeichnend ist ferner die Aussage, daß einer der Mitreisenden, welcher das Eisen für den Dampfer geliefert hat, den Heizern eine Belohnung von 10 Pfund Sterling versprochen haben soll, wenn das Schiff die Reise in weniger als sieben Tagen zurücklege. Angesichts solcher Vorgänge scheint es doch geboten, daß diesem Sport des Wett dampfens ein wenig gesteuert werde.“

** Das zu criminalpolizeilichen Recherchen benutzte Verbrecher-Album zählte im Jahre 1880: Mörder 25, im Jahre 1881: 25; Einbrecher 638 resp. 828; Taschendiebe: 291 resp. 325; Ladendiebe: 143 resp. 151; Schlafstellen-diebe: 191 resp. 271; Bauernfänger: 173 resp. 193; Paletodiebe: 88 resp. 96; Betrüger, Fälscher: 153 resp. 193; Miscellen 298 resp. 388; Prostituirte 155 resp. 213; von außerhalb eingefandt 52; in Summa 2135 resp. 2715 Photographien.

Mit Hilfe dieses Albums wurden im Jahre 1881 recognoscirt:

39 Einbrecher; 9 Taschendiebe; 3 Ladendiebe; 54 andere Diebe resp. Diebinnen; 20 Bauernfänger; 34 Betrüger resp. Schwindler; 8 Paletodiebe; 6 Personen, welche sich falsche Namen beigelegt; 5 Frauenzimmer, welche gestohlen hatten, in Summa 178 Personen.

Von auswärtigen Behörden gingen 157 Requisitionen mit Photographien ein, aus denen in mehreren Fällen die Verurtheilten und Personalien der Betreffenden festgestellt wurden.

Das geschädigte Publikum machte auch im verflossenen Jahre durch Einsichtnahme in das Verbrecher-Album den ausgedehntesten Gebrauch, so daß fast täglich Personen erschienen, denen die Albums vorgelegt worden sind.

Theater in Leipzig.

Mittwoch, den 21. Juni.

Neues Theater: Gesamt-Aufführung von Richard Wagner's Dramen. V. Die Meistersinger von Nürnberg.

Carola-Theater: Guten Morgen Herr Fischer. Caravelle-Burleske in 1 Akt von W. Friedrich. Musik von C. Stiegmann. Hector. Schwank in 1 Akt von G. v. Moser. Das Versprechen hinterm Heerd. Eine Scene aus den österreichischen Alpen mit National-Gesängen von Alexander Baumann.

Meteorologische Station

des Opt. mechan. Instituts — Merseburg, Winberg 7.

19. 6. Abds 7 U. 12. 6. Dora. 8 U.		
Barometer Mill.	752,0	750,0
Thermometer Celsius	+ 13,5	+ 15,3
Rel. Feuchtigkeit	72,6	66,6
Bewölkung	7	4
Wind	WNW	W
Stärke	3	2

Der Dampfdruck erhöhte sich von 4,58 auf 4,54.

Für jeden Deutschen wichtig!

Die Rede des Fürsten Bismarck in der Reichstagsitzung des 13. Juni 1882.

(Wörtlich wieder gegeben.)

Ich nehme das Wort noch vor dem Herrn Referenten, um dem gestern ausgesprochenen Bedürfnis, auf meine Aeußerungen zu antworten, und die Antwort rechtzeitig in die Provinzen expediren zu können, so viel an mir liegt, Rechnung zu tragen. Ich spreche deshalb so früh, wie es mir möglich ist, und bitte den Herrn Referenten um Entschuldigung, wenn ich ihm nach der gewöhnlichen Praxis vorgehe.

Das Tabaksmonopol ist in unserer amtlichen Geschäftsverhandlung, abgesehen von früheren gelegentlichen Erwähnungen, zuerst offiziell eingeführt worden durch die Allerhöchste Botschaft vom 17. November vorigen Jahres, doch nicht als eine Institution, die wegen ihrer wohlthuenden Eigenschaften an sich zu erstreben wäre, sondern als ein Mittel zur Erreichung anderer Zwecke, zur Beschaffung der Mittel, welche notwendig sind, um Steuererleichterungen einzuführen. Der Text der Botschaft sagt darüber: „Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichsteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schul-lasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabaksmonopols, über welche Wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reichs herbeizuführen beabsichtigen.“

Darnach, meine Herren, hat also die Regierung das Tabaksmonopol nicht an sich vorgeschlagen, sondern ihr Hauptvorschlag geht auf die Gewährung von Mitteln zur Befreiung von Steuererleichterungen, und als nächstfolgendes Mittel ist dazu das Tabaksmonopol Ihrer Entscheidung und der des Bundesraths unterbreitet. Dieser Gesichtspunkt ist einigermassen aus dem Auge verloren und das Monopol als Selbstzweck hingestellt worden, welches um seiner selbst willen erstrebt würde, ohne Rücksicht auf diejenigen anderen drückenden Lasten, die durch das Monopol aus der Welt geschafft werden. Wir sind nie darüber in Zweifel gewesen, daß das Monopol an sich ein Uebel ist, und daß es sich bei seiner Einführung wie bei jeder neuen Steuer, ja selbst wie bei jeder Reform, zunächst nur darum handelt, ob es nicht andere Uebel giebt, im Vergleich mit denen das Monopol das kleinere ist. Wenn man diese Institution an sich betrachtet, ohne Rücksicht auf den Zweck, dem sie dienen soll, so stellt man sie in ein unvortheilhaftes, ich möchte sagen ungerechtes Licht, was sie nicht ertragen kann. Für die Reformen, welche die Regierung erstrebt, ist das Monopol nur Mittel, nicht Zweck; aber die finanziellen Reformen, welche den Zweck der Reichsregierung sind — ich kann sagen — der verbündeten Regierungen bilden, sind dadurch besonders erschwert, daß die Verwendung der Beschlußfassung der Landtage unterliegt, die Beschaffung der Mittel der Beschlußnahme des Reichstages. Es entsteht dadurch für die Gegner der Regierung eine Art von Zwangsmühle, hier im Reichstage, wenn eine Bewilligung gefordert wird, zu sagen: wir können nichts bewilligen, wovon die Verwendung nicht nachgewiesen und sichergestellt ist — und im preussischen Landtage oder in anderen Landtagen zu sagen: Wir können nicht über die Verwendung von Mitteln verfügen, so lange die Mittel nicht bewilligt sind. Daß man so von Pontius zu Pilatus geschickt wird, und mit der Reform nicht vorwärts kommt das liegt auf der Hand und diese Schwierigkeit ist von den Gegnern der Regierung redlich ausgenutzt worden. Um ihr zu entgegen, und den Widerstand, auf den wir bei der Durchführung der Reform stoßen, einigermassen zu paralytisiren, ist die Gemeinlichkeits-leiher in der Nothwendigkeit, Ihnen die Motive, die den König von Preußen nöthigen, im Interesse seiner nothleidenden Unterthanen vom Reich die Eröffnung der Steuerquelle, die er seiner

immerhin die Majorität der Reichsangehörigen, 27 Millionen, repräsentirt — die Bedürfnisfrage erörtern zu lassen und in derselben Session nach Erörterung der Bedürfnisfrage, auf welche gerechnet war, den Reichstag um irgend eine Bewilligung anzugehen. Diese Vorlage mußte nothwendig eine konkrete Form haben, wir konnten nur irgend eine reichen Ertrag bietende indirekte Steuer wählen. Der primus inter pares unter diesen ist uns immer erschienen: das Tabaksmonopol für das Reich, als dasjenige, welches die zweckmäßigste, wie die Botschaft sich ausdrückt, glaube ich, die wirksamste Finanzquelle bildet. Wir waren in der pflichtgemäßen Nothwendigkeit, Ihnen zunächst das Beste unter den Mitteln, die wir kennen, vorzulegen und erst nach dessen Ablehnung können wir zu minderwerthigen Surrogaten behufs Beschaffung neuer Einnahmequellen schreiten. Wir brauchen Ihre Ablehnung, um unsere Verantwortlichkeit für die Zukunft zu decken, damit man uns nicht später, wenn das Monopol dennoch vielleicht von einer anderen Regierung — ich meine einer anderen Reichsregierung — gebracht wird, sagt die damalige Regierung unter dem ersten Reichszkanzler hat die Thorheit begangen, dieses Mittel nicht von Hause aus vorzuschlagen. Die Verantwortlichkeit, es nicht vorgeschlagen zu haben, wollen wir nicht auf uns ruhen lassen, die wollen wir auf die Majorität dieses Reichstages abschreiben, und dann werden wir in Ruhe sagen: darum keine Feindschaft; aber wir brauchen Ihre Ablehnung, bevor wir zu minder guten Vorlagen schreiten.

Bei der Klarstellung des Bedürfnisses hat nun der Preussische Landtag seine Landesregierung vollständig im Stich gelassen, er hat sich der Erörterung entzogen, er hat gewissermaßen Strike gemacht, mit Rücksicht auf die Jahreszeit, mit Rücksicht auf die Parallelsitzungen der verschiedenen Landtage, kurz und gut, sachlich ist kein Grund zu ersehen, warum diese Körperschaft eine für das preussische Land so tiefgreifende so wichtige Frage, wie diejenige, ob unser directes Steuersystem der Reform bedürftig ist oder nicht, der Erörterung nicht hat unterziehen wollen, sondern in wenigen kurzen Sitzungen und mit einer fast stürmischen Forderung auf Schluß sich der weiteren Diskussion entzogen hat und die Kaiserliche Regierung dadurch in die schwierige Situation gebracht hat, hier das Monopol an sich, ohne den vorgängigen Nachweis des Bedürfnisses, auf den gerechnet war, zu vertreten. Wenn ich hier anwesend gewesen wäre und wenn ich überhaupt nach meinem Gesundheitszustande im Stande gewesen wäre, die Geschäfte, die ich herbeiführe, zu vertreten, würde ich Sr. Majestät die Auflösung des Preussischen Landtages gerathen haben, da wir die Feststellung des Bedürfnisses vor Allem brauchen. Es würde daraus die Nothwendigkeit hervorgehen, den Landtag Anfang August wieder zu berufen, und wir würden dann der heutigen Verhandlung noch überhoben gewesen sein, indem die Forderung des Monopols, ohne Anerkennung der Bedürfnisfrage, keinen Sinn und keine Bedeutung hat. (Hört! hört! Sehr wahr! links.)

Ist kein Bedürfnis vorhanden, so brauchen wir keine neuen Steuern.

Es handelt sich also zunächst um die Frage, ob ein Bedürfnis vorhanden ist. Wird die bejaht, so werden wir weitere Anträge zu stellen haben; wird sie verneint, so ist ja Alles in dieser besten der Welten ganz vortrefflich, wir brauchen uns nicht weiter zu bemühen, und ich bin der für mich sehr unbequemeren weiteren Euphuusarbeit gegenüber dem passiven Widerstand oder der dilatorischen Behandlung durch die Fraktionen überhoben, was ja für meine Jahre und meinen Gesundheitszustand mit Dank anzunehmen ist. Aber ich bin durch die Versagung der Klarlegung von Seiten des preussischen Landtages leider in der Nothwendigkeit, Ihnen die Motive, die den König von Preußen nöthigen, im Interesse seiner nothleidenden Unterthanen vom Reich die Eröffnung der Steuerquelle, die er seiner

Zeit an das Reich abgetreten hat, zu verlangen, zu fordern, zu erbitten — ich bin in der Nothwendigkeit, die Motive dafür kurz auseinanderzusetzen. Dieselben liegen erstens in dem Vorhandensein einer Steuer in Preußen, welche ich als den Rest früherer Zeiten, des Feudalstaates, bezeichne, der Klassensteuer, des Kopfgebüdes, der Besteuerung der Person, des Lebens, des Athmens, der Besteuerung der Existenz ohne Rücksicht auf irgend ein Object, an welches die Leistungskraft sich heftet, und ohne eine bestimmte Einnahme, welche mit der Steuer verbunden ist. Eine ähnliche — ich kann wohl sagen barbarische — Einrichtung in steuerpolitischer Beziehung existirt außer in Preußen und einigen ihm anliegenden norddeutschen Staaten meines Wissens nur noch in Rußland in Gestalt des Kopfgebüdes und in der Türkei; aber auch dort nur für die unterworfenen Völkerschaften dafür, daß sie überhaupt noch am Leben gelassen sind. In Rußland scheint man doch durch die Thatfache, daß die civilisirten Nationen in dem Fortschritt der Civilisation diesen Rest verschollener Zeiten von sich längst abgestreift haben, jetzt auch zu der Ueberzeugung gekommen zu sein. — Sie werden mit mir die telegraphische Nachricht gelesen haben, daß die russische Regierung den Kaiserl. Befehl erlassen hat, betreffend die Aufhebung der Kopfsteuer. Und doch war sie in Rußland lange nicht so drückend wie bei uns, allerdings zu einem hohen Sage, aber durch Vermittlung der Gemeinden; die Gemeinden waren die Steuerzahler, die Gemeinden hatten ihrerseits die Ueberantwortung und waren in der Lage, schonend zu handeln und die Steuerexactionen zu vermeiden. Die Klassensteuer, an der wir allein unter den civilisirten Nationen hiernach noch festhalten, trägt meines Erachtens in sich die Unmöglichkeit für die Steuerbehörde, eine gleichmäßige gerechte Vertheilung der Steuer zu bewirken. Sie haben heut zu Tage doch noch ca. 5 Millionen besteuerte Positionen in Preußen — und können in diesen Massen, in den unteren wirtschaftlichen Stufen ganz unmöglich die Verhältnisse des einzelnen Haushaltes, des einzelnen Mannes, seine Verhältnisse richtig beurtheilen, seine Gesundheitsverhältnisse, Familienverhältnisse, die lokalen Ausgaben, zu denen er wegen seiner besonderen Stellung genöthigt ist, das alles entzieht sich dem Urtheil der Behörde, letztere hat nur Kriterien, die nach allgemeiner Schablone auf Jeden angewendet werden, die aber nicht immer passen und sehr häufig drücken. Eine gerechte gleichmäßige Vertheilung der Steuern, sowie die indirekten Steuern sich von selbst vertheilen, wenn sie eine Zeit lang bestanden haben, und sich wassergleich in das richtige Niveau setzen, ist bei der Kopfsteuer gar nicht möglich, kein Steuerrath kann die Verhältnisse der Reklamanen mit Nichtigkeit beurtheilen, schon das spricht dagegen.

Ein noch viel stärkerer Grund aber dagegen ist die Nothwendigkeit der Exekution der Steuer, wenn sie nicht bezahlt wird, die Nothwendigkeit, die Thatfache, daß mitunter für einen rückständigen Betrag von — 50 Pf. — Mobilienwerthe von 20—30 Mk. abgepfändert werden, und daß der Steuerpflichtige bei der Unmöglichkeit, diese abgepfänderten Sachen im Wege der Exekution zum vollen Werthe zu verkaufen, den sie für ihn haben, um den Staat, den reichen Staat, den Fiskus um 50 Pf. zu bereichern, seinerseits um 15 oder 20 Mk. geschädigt, in seiner bürgerlichen Existenz für eine Zeit lang erschüttert wird. Ich weiß nicht, ob die Anzahl der Exekutionen dieser Art, die die Klassensteuer mit sich führt, öffentlich hinreichend bekannt ist. Sie könnte es sein, denn die Durchschnittsrechnungen davon sind in den Motiven zum Verwendungsgesetz, welches der preussische Landtag zu beraten seine Zeit hatte, den Abgeordneten in 500 Exemplaren gedruckt zu Händen gegeben, sind aber dort todts geschwiegen. In der damaligen Verhandlung und in der jetzigen über das Monopol habe ich auch keine Silbe gehört über die Uebel, über die Leiden, die durch das mindere Uebel des Monopols geheilt werden sollen.

Ich erlaube mir deshalb, da es in Preußen im Landtage todgeschwiegen worden ist, Ihnen aus der gedruckten Begründung des Verwendungsgesetzes nachstehende Ziffern mitzutheilen. In dem Jahre 1879/80 — ich weiß nicht, warum vom 1. October zum 1. October datirt — sind zur Klassensteuer veranlagt gewesen Einzelsteuern und Haushaltungen in Preußen 5,087,470, davon beträgt die Anzahl der wegen Klassensteuerrückstände vollzogenen Pfändungen 438,973 (Hört! hört! rechts), und zwar in der untersten Stufe der Arbeiter, die weiter nichts wie ihrer Hände Arbeit haben, von der sie leben, 254,166, (Hört! hört! rechts), in der zweituntersten Stufe 102,584, in der dritten noch immer 28,516. Die vierte bis zwölfte sind nicht gesondert angeführt, aber auch in ihnen, also in den vergleichungsweise wohlhabenden Klassen, haben noch immer 53,707 Pfändungen stattgefunden, die wirklich vollzogen werden konnten und einen Ertrag lieferten. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine solche Pfändung um so empfindlicher wirkt, auf eine je höhere Stufe der Steuer sie Anwendung findet. Die Treppentufen der wirtschaftlichen Leiter, welche der Betreffende damit heruntergeworfen wird, sind gerade so zahlreich, wie seine Klassensteuerstufe angiebt.

Dann beträgt ferner die Zahl der fruchtlos versuchten Pfändungen außerdem 565,766 in der preussischen Monarchie (Hört! hört! rechts), davon in der untersten arbeitenden Klasse 386,017, in der zweiten 135,635, in der dritten 22,774, in den acht obersten immer noch 21,340 — also ein Zeichen, wie unvollkommen die Möglichkeit der Veranlagung dieser Steuer ist, daß in der vierten bis zwölften Klasse noch 21,000 Positionen inexcigibel sein können. Es beträgt also die Summe der Spalten 3 und 4, d. h. die Gesamtheit der wegen Klassensteuer vollzogenen und versuchten Pfändungen für ein Jahr 1,004,739. Uebrigens liefert ein dreijähriger Durchschnitt, den ich dem statistischen Amte verdanke, der die Budgetjahre von 1878 bis 1881 — in deren Mitte befallentlich ein Wechsel des Termins stattgefunden hat — umfaßt. Für diesen Zeitraum beträgt die Gesamtzahl der Auspfändungen im preussischen Staat 3,304,065 — ich will Sie versichern mit der Aufzählung der einzelnen Jahre, Ihnen nur das Gesamtergebnis geben — wobei die vollzogenen Pfändungen 1,617,831 betragen, die fruchtlos versuchten Pfändungen daneben 1,686,234. Es kommt danach in beiden Positionen zusammen auf diese 3 Jahre 3,300,000, durchschnittlich auf jedes Jahr 1,100,000 Pfändungen. Die Anzahl hat im ersten Semester des Jahres 1881/82 in Folge der Besserung der Zustände, vielleicht auch in Folge der eingeführten Klassensteuernachlässe, eine Reduction erfahren. Obgleich mir das ganze Jahr nicht vorliegt, so läßt sich doch glauben, daß in diesem Jahre in Folge der verbesserten Zustände und der Steuerernachlässe die Pfändungen die 600,000 nicht vollständig erreichen werden. Indessen 600,000 ausgepfändete Staatsbürger, das ist auch schon eine starke Ziffer. Zu diesen starken Klassensteuerleiden kommt noch die Wirkung der Zuschläge. Es ist nicht ersichtlich, warum wegen der Kommunalzuschläge weniger Auspfändungen stattfinden sollten, als wegen der Staatsklassensteuern. Im Gegenteil glaube ich, der Staat kommt früher zu seinem Rechte, und vielleicht wird er noch eher bezahlt. Ueber die Vorgänge in den Gemeinden liegen allgemeine Data nicht vor, wenigstens habe ich sie nicht ermitteln können; ich habe nur einige Angaben in Bezug auf die Berliner Ergebnisse der Steuer in den Jahren 1876 und 1877 vorliegen. Danach sind in der Stadt Berlin im Jahre 1876 im Ganzen zur Klassensteuer veranlagt 353,992 Besteuerte. Von diesen sind zur Zwangsvollstreckung verwiesen — ich werde gleich den anscheinenden Widerspruch erklären — 393,837 in der Stadt Berlin, also mehr als veranlagte Posten. Das hat darin seinen Grund, daß jede Position viermal im Jahre erhoben wird und jede viermal im Jahre zur Execution kommen kann, daß also die Zahl der vorgekommenen Vollstreckungen die der veranlagten Steuerpositionen überschreitet. Von diesen 393,837 Fällen sind erledigt durch Stellung zur Execution 276,902, durch Vollstreckung der Execution durch Verpfändung und Pfändung 25,280, durch frucht-

lose Vollstreckung der Execution 91,655. Auf 100 Klassensteuerveranlagte überhaupt, beziehungsweise in den bet. Steuerstufen vorkommende Fälle treffen danach in der untersten Steuerstufe 101,9 Executionen, in der zweiten 135,8, in der dritten 131,9, in der vierten Stufe von unten 114,6 auf 100 Steuerpositionen und in der fünften bis zwölften immer noch 64,7 pCt., die zur Execution gestellt werden.

Im Jahre 1877 steigt die Ziffer noch höher. Da sind in der untersten Stufe 121,2 Personen executed worden, in der zweiten 156,8, in der dritten 159,6 — immer auf 100 Besteuerte gerechnet — in der vierten 151,8; also die höchsten Sätze sind nicht in der untersten, sondern in der zweiten, dritten und vierten, also in den schon etwas wohlhabenderen, von der fünften bis zwölften sind immer noch von 100 Personen 71 executed worden in Berlin, und ich mache darauf aufmerksam, daß hier bei diesen Berliner Positionen die Stufen von 2 bis 4 von unten herauf ein stärkeres Contingent stellen, wie die unterste, daß also der Fall, daß jemand von einer sich heranbildenden Wohlhabenheit auf seinen Ausgangspunkt durch die Execution zurückgeworfen wird, häufiger vorkommt.

Eine andere Berliner Angabe — die für 1880 habe ich nicht vollständig erhalten können — aber für 1881, bezieht sich auf die Gesamtheit der direkten Steuern, wobei ich bemerke, daß die Staatsklassensteuer in Berlin von den Gemeindebehörden erhoben wird. Danach bringt die Haus- und Miethsteuer im Ganzen an Steuerposten 1,048,203, die Einkommen- und Klassensteuer 1,468,856, zusammen also 2½ Millionen Steuerposten. Darauf sind Mahnzettel ausgeschrieben — wo also die Leute nicht prompt bezahlt haben — 647,981. Von diesen Zetteln sind erledigt durch Zahlung des Steuerrestes nicht ganz die Hälfte, 308,814, durch fruchtlose Zwangsvollstreckung 244,968 (hört, hört!), durch Anmeldung bei der Abtheilung für Verzogene 85,302 — also Leute, die sich der Steuersehre in Berlin entziehen, dadurch, daß sie in die Provinz hinausziehen; die werden sofort durch den Urratsriß der „Abtheilung für Verzogene“ dort creditlos gemacht und außer Stand gesetzt, sich neu zu etabliren, und sie kommen aus der Sehre der Execution nicht heraus; die Freigängigkeit hilft ihnen nichts — sonst unerledigt geblieben und weiter zu verfolgen bleiben 8897.

Meine Herren, Sie werden daraus ersehen, wie ich vermute, daß die Zahl derjenigen, welche wegen der direkten Steuern in Preußen in Stadt und Gemeinde ausgepfändet werden, eine recht große ist.

Wenn Sie sich nun die Wirkung einer solchen Execution vergegenwärtigen — es ist anzunehmen, daß, ehe es jemand dazu kommen läßt, er seinen Kredit beim Bäcker, Metzger, Milchmann ziemlich erschöpft haben wird, denn die sind noch nachsichtiger als der Steuerexecutor — nun erscheint der Executor, sofort geht der Kredit verloren, es wird ihm gekündigt, er fällt dadurch vielleicht einem gefälligen Manne in die Hände, der bereit ist, ihm das, was er braucht, zu hohen Zinsen vorzutreten, und sich in den Besitz dessen zu setzen, was der Ausgepfändete überhaupt noch hat, was von ihm noch herausgedrückt werden kann, oder er verfallt vor den Augen des Nachbarn der Thatfache, daß der Executor zu ihm kommt, das Wenige an Hausrath, Wäsche und Mobilien, was sich ein junger Hausvater angeschafft hat, wird unter Siegel gelegt, zum Zwangsverfaufe gestellt, — vielleicht zu einem geringen Ertrage — eine Kommode, die für 15 Mk. gekauft wurde, geht vielleicht für 3 Mk. weg — daß das Alles den Mann, der auf diese Weise in seinem Aufstreben auf der sozialen und wirtschaftlichen Leiter wieder zurückgeworfen wird, schwer kränkt, ich mitunter zur Verzweiflung, manchmal zum Selbstmord bringt, ihn jedenfalls mit Bitterkeit erfüllt, wenn der seiner Meinung nach überreiche Fiskus ihm wegen einer Kleinigkeit einen so ungeheuren Schaden an seinem häuslichen Besitzthum, an seinem gesellschaftlichen Ansehen und an seinen aufstrebenden Hoffnungen zufügt, daß das dann den Mann mit Unzufriedenheit erfüllt, darüber, meine Herren, wird kein Zweifel sein, und ich schreibe einen großen Theil unserer Auswanderungen der That-

sache zu, daß die Auswanderer das Bedürfnis haben, sich der direkten Steuerdrücke und Execution zu entziehen und nach einem Lande hinzugehen, wo die Klassensteuer nicht existirt und wo sie außerdem die Unnehmlichkeit haben, die Produkte ihrer Arbeit gegen fremde Konkurrenz beschützt zu wissen. (Sehr richtig! rechts.) Die amerikanischen Schutzvögel und die preussische Klassensteuer halte ich für die Hauptmotive der Auswanderung. (Zuruf aus dem Centrum: O nein!) — Hauptsächlich, ich sage nicht ausschließlich, und es ist ja auch ganz natürlich. Ich weiß nicht, wer von den Herren Phantasie genug hat, sich in die Lage einer solchen vom Steuerfiskus zedrückten Existenz hineinzufühlen, daß da eine tiefe Bitterkeit gegen die Einrichtungen, unter denen er lebt, Einrichtungen, die in Frankreich, England, Amerika, in allen civilisirten Staaten längst zu den überwundenen Standpunkten gehören, dort längst, weil dort die Fraktionspolitik die Regierung nicht hinderte, Verbesserungen einzuführen, dort längst durch weniger drückende indirekte Steuerquellen ersetzt sind, daß er da nach anderen Ländern geht, daß er gegen unsere Einrichtungen einen stillen Anßatz von Haß behält, daß ist wohl nicht verwunderlich.

Nun finde ich es ganz erklärlich, daß eine Opposition, welche die Absicht hat, die bestehende Regierung zu stürzen oder bei den Wahlen zu discrediren, einen Bedarf an Unzufriedenheit hat und gar keinen Grund, da wo sie vorhanden ist, die Hand zu bieten, daß sie gemildert werde, so lange diese mißliebige Regierung besteht. Die Opposition behält sich vielleicht vor, wenn sie selbst ans Ruder gelangt, sich dann das Verdienst zu erwerben, diese Leiden zu mildern. Es ist ja außerordentlich leicht, bei der Leichtgläubigkeit des Wählers und der ungeheuerlichen Verlogenheit unserer kleinen Presse (sehr richtig! rechts) ist es ja außerordentlich leicht, den Wähler einzureden, daß eigentlich doch die Regierung an diesen allem Schuld ist, obgleich sie sich seit Jahren ehrlich und aufrichtig bemüht, diese Uebelstände abzuschaufen, obgleich Sr. Majestät dem König die Leiden seiner Unterthanen schwer am Herzen liegen, und der König thut, was er kann, aber der König hat das Recht der Steuerbewilligung außer Händen gegeben, er hat die indirekte Steuerbewilligung an das Reich abgegeben, das Reich versagt sie ihm, Se. Majestät der König kann tiefen Schmerz empfinden, kann sich aber dabei verfassungsmäßig nicht helfen. Nun, die Unzufriedenheit also auf die Regierung abzuwerfen, die Regierung anzulagen, das ist ja der Presse gar nicht schwer. Das Motiv, weshalb wir mit unseren Reformen nicht vorwärts kommen, ist, das es so sehr viele Leute giebt, die gar kein Bedürfnis und keine Neigung haben, der jetzigen Regierung bei irgend einer Verbesserung zu helfen. Es ist eine alte Whistregel: „dem Feinde kein Stich!“ das heißt für Sie, der Regierung kein Erfolg, denn „der Feind“ bei uns ist die Regierung. (Oho! und Unruhe links. Sehr richtig! rechts.)

Wie bereitwillig acceptirt der deutsche Wähler stets die Behauptung, daß er eine Regierung hat, mit der er unzufrieden zu sein berechtigt ist; es ist ihm sogar nicht unlieb, wenn er eine solche wirklich hat, denn er hat noch so viel Gewissen, daß er sich doch zu Zeiten schämt, auf die Regierung, die es nicht verdient, zu schimpfen. Hat er eine, auf die er mit Recht schimpfen kann, so ist es ihm eine angenehme Satisfaction. Das war das Erzeugniß der Politik in früheren Zeiten, wo die Regierungen im Ganzen, ich will nicht sagen schlechter und ungeschickter waren, aber sich weniger aus Eindrücken machten und mehr Macht hatten, da war das Schimpfen berechtigt, und es gehört zum deutschen Bedürfnis, beim Viere von der Regierung schlecht zu reden, und wer den Ton anschlägt, der hat noch heut Wähler, von dem sagt man: das ist unser Mann, für den stimmen wir, das ist kein Regierungsmensch, der ist nicht servil, der wird dem Kanzler „den Willen brechen.“

Meine Herren, das ist ja wirklich eine traurige Satisfaction, dem Kanzler den Willen zu brechen, wenn der Wille vielleicht berechtigt ist, vielleicht zum Nutzen des Landes ist. Das will doch erst geprüft sein; es kann sein — es läßt sich ohne Sie ja nichts machen, und wenn Sie

nichts b
ist ja g
Preußen
thauen
waren
Friedrich
verfassung
frone c
Berechtig
Möglich
helfen,
wenden
von M
Nachgel
Gott
ein Her
wohl f
mentar
preuss
eintrete
solche
von P
hat sie
das La
Landes
viel H
Druck
daß f
auch l
so un
Regier
Währd
die sp
nicht
können
beiz
sichtig
der
den
wurde
die L
Paras
abgab
zeiten
nicht
Som
die r
rufen
aufge
gege
lich
find
habe
könn
Im
aus
der
Zeit
vorl
daß
eigen
das
Ma
Zu
min
par
zu
W
das
M
üb
fra
fri
M
fi
da
P
pr
de
be
es
G
ei
n
h
u

nichts bewilligen wollen, so ist es Ihr Recht und ist ja gut; aber das der Kaiser als König von Preußen es schwer empfindet, daß er seinen Unterthanen nicht helfen kann, daß er sich fragt: waren die Gründe, die mein Bruder, König Friedrich Wilhelm IV. derzeit gegen die Reichsverfassung hatte, die ihn abhielten, die Kaiserkrone anzunehmen, vielleicht doch nicht ohne Berechtigung? habe ich wohlgethan, mich der Möglichkeit zu berauben, meinen Unterthanen zu helfen, indem ich die Quellen, die ich dazu anwenden konnte, aus den Händen gegeben und von Anderen abhängig gemacht habe? Solche Nachgedanken können einem Könige, der seine von Gott ihm gegebene Mission ernst aufsaßt, der ein Herz für die Leiden seiner Unterthanen hat, wohl kommen mit der Zeit. Daß eine parlamentarische Körperschaft, auch selbst die des preussischen Landtages, wenn die heißen Tage eintreten, dieselben ersten Mitempfindungen für solche Nothstände haben soll, wie der König von Preußen, das ist ja gar nicht zu verlangen. Eine Majorität hat viele Herzen, aber ein Herz hat sie nicht — ein König hat ein Herz für sich, das Leiden mitempfindet. Aber, die preussischen Landesfinder, die im Landtage sind, hätten so viel Herz für dieses Gland, welches sie aus den Druckschriften kennen, doch wohl haben können, daß sie der Sache ein paar Tage Sitzungen, auch bei gutem Wetter, mehr geliehen und nicht so unwillig die Sitzungen abgebrochen und der Regierung die Vorwürfe gemacht hätten, daß die Würde des Landtages beeinträchtigt werde durch die späte Vorlage. Ja, wir können die Vorlage nicht eher machen, ehe wir sie fertig haben, bezogen können wir auch nicht, wir müssen unsere Arbeitszeit irgendwie haben und Bedenken berücksichtigen und prüfen, auch wenn sie spät kommen; der Landtag hätte wohl Zeit haben können in den 3 Wochen, die nach der Vorlage verloren wurden, das Wohl des Landes zu berathen und die Vorlagen näher zu prüfen. Die Frage der Parallelsitzungen, die dabei den Hauptvorwand abgab, um uns der mangelnden Rücksicht zu zeihen, ist ja eine Zwangslage, aus der wir uns nicht retten können, denn wir können in den Sommermonaten vom Juni bis zum 1. October die parlamentarischen Versammlungen nicht besuchen, ohne uns schon einer Bestimmung auszusetzen, die sich nachher in gewissem Uebelwollen gegen die Regierung fühlbar macht und namentlich bei denen, die, wenn sie nicht Abgeordnete sind, doch auch noch etwas Nützliches zu thun haben. Wir müssen also, wenn wir irgendwie können, diese 4 Monate außer Rechnung lassen. Im October ist es auch schwierig, theils noch aus denselben Gründen, theils müssen doch auch der Minister und der Bundesrath irgend eine Zeit zur Vorbereitung dessen haben, was sie vorlegen sollen. Sie können doch nicht verlangen, daß wir Tag und Nacht arbeiten, daß wir von eiserner Gesundheit sind. — Sie trauen uns das doch auch nicht zu. Kurz und gut, fünf Monate gehen ziemlich auf die Abneigung des Zusammenkommens und auf das Bedürfnis der ministeriellen Beratungen. Dann haben die parlamentarischen Körperschaften die Gewohnheit, zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten jedesmal drei Wochen Ferien zu machen, das macht 9 Wochen, das sind wiederum 2 Monate, damit sind 7 Monate verbraucht. Ist es nun möglich, in den übrigen 5 Monaten, die bleiben, die Budgetfragen, wie sie bei uns betrieben werden, befriedigend zu erledigen, und Gesetze, welche die Nothdurft des Landes, die Nothlage unserer Mitbürger betreffen, zu erledigen? Der preussische Landtag in diesem Frühjahr hat gezeigt, daß es nicht möglich ist, daß ihm die Zeit zur Prüfung der Noth seiner Mitbürger und der preussischen gravamina fehlt. Das Bedürfnis des Königs von Preußen, Abhülfe zu schaffen, beschränkt sich nicht auf die Klassensteuer allein, es ist außerdem allgemein bekannt, daß unsere Gemeinden zum Theil trotz aller Klassensteuer-Exekutionen, die ich vorhin vortrug, doch in einer großen Nothlage in Bezug auf ihre Finanzen sind, und daß die Regierung sehr geneigt ist, ihnen zu helfen. Sie kam dies aber nur, wenn ihr Mittel dazu bewilligt werden. Ich habe hier eine Angabe über Gemeindebesteuerungen mitgebracht, die es war dies in gewissen Gemeinden in der Rheinprovinz — Berechnung

der Steuerbelastung eines für 1881/82 zur zweiten Klassenstufensteuer veranlagten Grund- und Gebäudesteuer nicht entrichteten Jeniten in verschiedenen rheinischen Gemeinden. Danach zahlt in der Stadt Witten Jemand, der 6 Mk. Klassensteuer entrichtet, 350 pCt. Zuschlag als Kommunalsteuer, worin die Schullast mit enthalten ist, da dieselbe aus dem Kommunal-Etat übernommen ist — macht 21 Mk., 50 pCt. evangelische Kirchengeld — macht 3 Mk., zusammen wird aus den 6 Mk., die der Staat verlangt, 30 Mk. In der Stadt Wattencheid stellt sich dieselbe Rechnung von 6 Mk. durch denselben Zuschlag von Kommunalsteuer und evangelischer Schullast auf 39 Mk. 20 Pf.; in der Stadt Hattingen von 6 Mk. auf 34,08 Mk., in der Gemeinde Königstele von 6 Mk. auf 42,60 Mk., in anderen wieder auf 39 Mk. zc.

Also Sie sehen, daß das eine sehr starke Belastung unserer Gemeinden ist und es ist zu vermuten, daß bei diesen Kommunalsteuern im Ganzen nicht weniger Exekutionen stattfinden werden, als in den Staatssteuern, daß auch dort die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen künstlich genährt wird, namentlich in der Art, wie die Zuschläge zum Theil aufgebracht werden zur Häusersteuer, wobei die Schulden, die auf dem Hause lasten, vom Steuerobjekt nicht abgezogen werden. Rheinische und auch hannoversche Gemeinden sind, wie aus den öffentlichen Blättern bekannt ist, bei der Regierung eingekommen, man möchte ihnen gesondert gestatten, daß sie indirekte Steuern erheben. Sie sind also ihrerseits auch vollständig zu der Ueberzeugung gelangt, die die Staatsregierung leitet, daß indirekte Steuern leichter zu tragen und leichter aufzubringen sind als die directen. Aber, weit entfernt, für die Gesamtheit ihrer Mitbürger diese Erleichterung zu erstreben, durch ihre Abgeordneten die Regierung in dieser Richtung zu unterstützen, verlangen sie für sich das Privilegium, nur auf ihrem engeren Bezirk die Wohlthat der indirecten Steuer einzuführen, und bei ihnen das Leiden der directen abzumildern, es dann aber der Misera contribuens plebs auf dem platten Lande zu überlassen, sich weiter zu helfen, wie sie kann. Sie haben dann ihrerseits kein Bedürfnis mehr und haben noch weniger Neigung wie heute, die Regierung in ihren Reform-Bestrebungen zu unterstützen. Die Regierung aber hält an dem Princip fest „gleiche Gerechtigkeit für Alle“ und ist entschlossen, Privilegien in dieser Beziehung nicht zu geben. Daß die großen Städte ihrerseits, weil sie in noch höherem Maße als die Kreise und Landgemeinden eigentliche Staatslasten übernommen haben, bei einer Vertheilung und bei einer Zuwendung von Erträgen indirecter Steuern, die wir vom Reich erstreben, stärker bedacht werden müssen, als die gleiche Kopfanzahl der sonstigen Bevölkerung, daß sie mit dem, was für sie in Aussicht genommen ist, Zuweisung der halben Gebäude- und Grundsteuer, nicht auskommen, ist ganz klar; es ist aber dann Sache der Prüfung und Bewilligung in den Verhandlungen des Landtages, wie der Hauptsache nach die Vertheilung von Mitteln, sobald wir deren haben, stattfinden soll. Wir sind nicht bereit, einzelnen Klassen unserer Mitbürger vor Anderen ein Privilegium zu geben, sondern die Erleichterung gleichmäßig zu schaffen für Alle. Die Kreise sind in derselben Lage und bei ihnen ist die Ungerechtigkeit des Zuschlages zu der Steuer, die ohne Rücksicht auf die Verschuldung der besteuerten Einnahmequelle auferlegt sind, allerdings in höherem Maße auf die Grundsteuer, wie sie auf die Häusersteuer anwendbar ist.

Nun sind die Herren in den großen Städten gewöhnlich der Meinung, daß die Grundsteuer hauptsächlich den reichen Gutsbesitzer treffe, der ihnen unangenehm auffällt, wenn er selbst zufrieden und wohlgenährt in die Stadt kommt, sich bei Borchardt oder sonstwo sehen läßt. Das ist aber entfernt nicht der Fall, und aus jedem statistischen Buche können Sie sich dahin belehren, daß die Gesamtheit der Gutsbesitzer, die noch lange nicht lauter reiche Leute sind, sondern vielfach arme, da auch dem kleinsten Besitze angehörige Jeniten zu den Gutsbezirken gehören, von denen 42 Millionen Grundsteuer, die im Ganzen bezahlt werden, nur 8 Millionen tragen, 28 Millionen ruhen auf dem Kleinbesitz,

auf die Landgemeinden fallen und der Ueberrest auf die Städte. Wenn Sie also geneigt sind, über den Gutsbesitzer eine gewisse Ungerechtigkeit zu verhängen, weil er Ihrer Meinung nach eine üble Persönlichkeit ist, — so treffen Sie mit demselben Schlag, mit dem Sie einen Gutsbesitzer treffen, immer wahrscheinlich fünf arme Leute. Die Kreise, wie Sie aus den statistischen Listen ersehen, sind fast alle verschuldet und meist mit sehr starken Kreisbudgets belastet. Davon machen allein eine Ausnahme 18 heftigste Kreise, und annähernd einige holksteinische; aber das nicht etwa, weil die Lasten, die sonst die Kreise verschulden und beschweren, dort überhaupt nicht getragen werden, sie werden nur von anderen Formationen getragen, so in Hannover von den Aemtern, so in der Rheinprovinz, in Hessen und in Holstein theils von den Gemeinden, theils früher vom Staate, theils sind sie überhaupt erst existent geworden nach der preussischen Westnahme.

Der einzige Kreis in der preussischen Monarchie, der vermöge seiner eigenen Wohlhabenheit steuerfrei ist, ist das Herzogthum Lauenburg, welches von seinem Abgeordneten, Herrn Westphal, seiner Zeit hier als die „ausgequetschte Citrone“ bezeichnet wurde, die nach der „Ausquetschung“ mit dem Fuße fortgestoßen worden wäre. Das ist der einzige Kreis, der so reich ist, daß er keine Kreissteuern umzulegen braucht, der baares Vermögen hat, und der bei einer richtigen Art der Verwaltung seines Vermögens noch erheblich mehr zu leisten in der Lage wäre. Ich kenne die Verhältnisse sehr genau, weil ich — ich weiß nicht: 8 oder 10 Jahre — Minister dieses Ländchens gewesen und noch heute der größte Grundbesitzer in diesem Kreise bin und dadurch gezwungen werde, an den dortigen Kreisinteressen Antheil zu nehmen. Aber außerdem giebt es überhaupt keinen Kreis, der nicht entweder in sich, in seinen Korporationen oder in den Gemeinden, aus denen er besteht, verschuldet wäre. Auch diesen hat Sr. Majestät der König von Preußen das Bedürfnis zu helfen, und Er steht hilflos vor der Pforte des Reichstages und klopf an, ob Sie Ihm bestehen wollen, Seine preussischen Unterthanen aus den ungerecht und drückend veranlagten Steuern zu befreien.

Ein dritter Punkt ist die Schule, deren Belastung auch in der Regel nicht nach ihrem vollen Werthe gekannt wird. Aus den sehr lehrreichen Motiven, die der preussische Landtag nicht Zeit hatte zu verlesen und zu berathen, geht unter Anderem hervor, daß die Schullasten in ihrer Gesamtheit für Personals- und Realausgaben zwischen 94 und 95 Millionen betragen und daß sie die Belastung des Staates durch die Klassensteuer mehr als doppelt übersteigen, indem in Preußen auf den Kopf 3,59 Mk. an Schullasten kommen und wahrscheinlich auch in demselben Bruchtheil von Exekutionen, namentlich für diejenigen Lasten, die unter dem Namen von Schulgeld erigibel sind, von den ärmsten Mitgliedern der Gemeinde und immer in erhöhtem Maße von kinderreichen Familien als von kinderlosen oder einkinderigen, und wie es dabei für die Stellung des Lehrers eine betrübende Beziehung giebt, daß der Lehrer, der in Bezug auf Kleidung und Lebensstand doch gegenüber dem darfsüßigen Schuljungen eine höhere Lebensstufe einnimmt, die Mutter durch die Kinder mahnen lassen muß wegen weniger Groschen Schulgeld. Schon im Interesse der Lehrer haben wir in Preußen das Bedürfnis, daß diese Sache aus der Welt geschafft wird.

Es sind außerdem noch die Ihnen bekannten Bedürfnisse des Königs von Preußen, seine Beamten auf diejenige Stellung im Gehalt zu bringen, die unter Vorrück der Reichseinrichtungen den Richtern bewilligt worden sind. Es besteht dabei eine Unzulänglichkeit, die zu Unfriedensanlass giebt, und diese wird ausgeglichen werden müssen entweder durch eine Steigerung der Gehälter der übrigen Beamten oder durch Herabsetzung der jetzigen Richtergehälter. (Bewegung)

Dasselbe findet statt in Bezug auf die Ungleichheit der Versteigerung des mobilen und immobilien Vermögens. Ihnen ist bekannt, und das Gravamen ist schon öfter vorgebracht, daß der Stempel der Immobilien ein ganz maßlos

hoher ist, ebenfalls ganz ohne Rücksicht auf die Belastung eines Grundstücks mit Schulden; wenn es für 80,000 Thaler verkauft wird und es sind 80,000 Thaler Schulden darauf, so muß es doch seine 800 Thaler Stempel zahlen, und das vermehrt die Noth des in Konkurs befindlichen oder sonstigen Besitzers. Es handelt sich ja auch nicht immer um Grundstücke von 80,000 Thaler, sondern auch um kleinere. Jede Verpachtung wird in der ungerechten Weise verstampelt, daß z. B. bei einer 30 jährigen Verpachtung die ganze Summe zusammengezählt wird, die der Pächter in 30 Jahren zu zahlen haben wird, und daß diese sofort am Tage des Abschlusses der Verpachtung verstampelt werden muß, als wenn sie heute gezahlt würde. Tritt inzwischen in der Person des Pächters eine Aenderung ein oder löst sich durch Konkurs oder sonst vor Ablauf der 30 Jahre dieser Kontrakt, so wird der zu Unrecht verstampelte Theil, und wenn der Vertrag auch noch 23 Jahre lief, nicht zurückgezahlt, sondern der neue Pachtvertrag muß wieder neu und voll verstampelt werden, und so kann man in die Lage kommen, bei einer längeren Pacht-dauer drei, viermal dieselbe Summe für dasselbe Geschäft zu verstampeln. Schon eine bloße Aenderung der Firma, daß ein Associe aussteht, hat mich in die Lage gebracht, einen neuen Pachtvertrag abzuschließen zu sollen; ich habe mich dagegen mit Erfolg gewehrt, aber doch nur in verschiedenen Instanzen. Dadurch wird die Gerechtigkeit aller Pächter unbillig geschwächt.

Wenn ich alle diese Gravamina, die der König von Preußen für seine Unterthanen beim Reich anbringt und für die er Deckung verlangt, hier einmal aufzählte, so habe ich damit nur das Bedürfnis, Ihnen die Größe der Noth, in der der preussische Steuerzahler sich befindet, zu schildern. Keineswegs verbinde ich damit die Hoffnung, daß der gesammte Bedarf dieser Summe nun mit einer Bewilligung gedeckt werden könnte. Aber ich glaube, wir müssen doch ein Ziel anerkennen, nach dem gestrebt werden muß, dem man allmählig sich zu nähern sucht. Wir müssen wenigstens den guten Willen betheiligen, der Prüfung dieser Sache näher zu treten, sie nicht zu scheuen und nicht unter dem Vorwande, daß Bitterung und Parallelsitzungen uns daran verhindern, uns der Prüfung der Noth unserer Mitbürger verjagen. Dieses Bedürfnis zur Anerkennung zu bringen, war unsere Hoffnung, als wir das Verwendungsgesetz dem preussischen Landtage vorlegten. Dieser Landtag hat unsere Hoffnung getrübt, und wenn ich dazu nehme, daß auch mehrere der verbündeten Regierungen ihrerseits ein Bedürfnis zur Steigerung des Landeseinkommens aus Reichsquellen nicht empfinden, indem sie das Monopol abgelehnt haben, ohne einen anderen Vorschlag oder auch nur die Neigung auszusprechen, auf anderen Wegen zur Beschaffung der Mittel die Hand zu bieten, wenn ich dazu nehme, daß der Bericht Ihrer Kommission das Bedürfnis geradezu befreit, und ganz abgesehen von der Resolution Lingers, die sich in schroffen Gegensatz zu der königlichen Vorlesung vom 17. November 1881 stellt und das Reich als bedürfnislos bezeichnet und seine Glieder — wenn ich sehe, daß auch das Gutachten der Kommission dahin vorläufig sich äußert, das kein Bedürfnis vorläge, die Allgemeinheit mit neuen Steuern zu belasten, wenn ich dazu nehme die indirekte Zeugung des Bedürfnisses, wie sie in der Abneigung des preussischen Landtages liegt, die Frage auch nur zu berathen, — wenn ich das alles zusammennehme, so kann ich zweifelhaft werden, ob das Bedürfnis, daß E. Majestät der König und seine Minister mit ihm in Preußen sehr lebhaft empfinden, im ganzen Lande empfunden wird ob es wirklich vorhanden ist.

Wir stehen in Preußen vor neuen Wahlen, und ich rechne darauf, daß diese Wahlen uns darüber Auskunft und Entscheidung bringen: fühlt das preussische Volk wirklich einen Steuerdruck, dessen Erleichterung es wünscht oder nicht? Der bisherige Landtag hat uns eine Erklärung darüber verjagt. Wir erwarten, daß bei den bevorstehenden Wahlen in Preußen die Frage ein Hauptkriterium bilde: soll die Klassensteuer mit ihren Millionen Exekutionen beibehalten werden, mit ihrer Verfolgung der Bezogenen, das ganze veraltete Institut? soll die hohe Be-

lastung der Gemeinden beibehalten werden, ohne ihnen zu helfen? Soll das Schulgeld beibehalten werden? Das werden Fragen sein, über die der Ausfall der nächsten preussischen Wahlen der Regierung eine Fingerzeige und der Landtag eine durchschlagende Antwort geben wird. Ist der nächste preussische Landtag gegen die Leiden seiner minderbegüterten Mitbürger ebenso gleichgiltig wie der jetzige, ja, dann, meine Herren, liegt vielleicht keine Noth vor, sonst wäre er nicht gewählt worden, denn wozu der Lärm? was sollen wir uns dann quälen mit der Eisyphusarbeit, eine weitere Erleichterung und Reform zu schaffen? — beneficia non obtrudantur! Ich kann das aushalten, sobald ich ein reines Gewissen habe, und mein Gewissen zu befreien, ist der Grund meines jederzeitigen Auftretens. Wollte der nächste Landtag wiederum, wie der bisherige, sich einer eingehenden Diskussion der Bedürfnis- und Verwendungsfrage, einer Beschlußnahme darüber, welche Verwendung er haben will, verjagen, so könnte ich E. Majestät nur rathe, so oft an die Wähler zu appelliren, bis darüber die nothwendige Entscheidung erreicht ist, und ich werde kein Bedenken tragen, E. Majestät zu rathe, den preussischen Landtag, sobald er nur gewählt ist, zu berufen, ihm diese Frage zu stellen und ohne Weiteres von Neuem an die Wähler zu appelliren, wenn uns wiederum in der bisherigen Weise ausgewichen wird. Der Landtag kann beschließen, was er will, aber er darf sich der Verathung der Noth seiner Mitbürger nicht verjagen, wenn er das thut, so verdient er nicht den Namen „Volksvertretung“. (Bravo! rechts.)

Die Volksvertretung liegt dann mehr bei dem Monarchen, der ein Herz hat für das Volk und dessen Leiden.

Ich habe schon erwähnt, daß wir das Monopol vorgeschlagen haben, weil wir dasselbe nach sorgfältiger Verathung und Erwägung der Sache für das beste und zweckmäßigste Mittel gehalten haben, dessen Ablehnung wir gebrauchen, bevor wir zu andern übergehen; durch die Thatfache, die ja in die Augen springt, daß das Monopol sehr unpopulär ist und durch die Wahlarbeit künstlich noch unpopulärer gemacht ist, als es zu sein braucht, werden wir uns niemals absetzen lassen, das vorzuschlagen, was wir für vernünftig halten. Ich frage gar nichts darnach, ob eine Sache populär ist, ich frage nur darnach, ob sie vernünftig und zweckmäßig ist; die Popularität ist eine vorübergehende Sache, die sich heute auf Das, morgen auf Jenes richtet, die ich genossen und verloren habe, worüber ich mich leicht tröste, sobald ich das Gefühl habe, meine Schuldigkeit zu thun, und das Lobrige stelle ich Gott anheim; die Popularität einer Sache macht mich viel eher zweifelhaft und nöthigt mich, mein Gewissen noch einmal zu fragen: ist sie auch wirklich vernünftig? Denn ich habe zu häufig gefunden, daß man auf Acclamation stößt, wenn man auf unrichtigem Wege ist. Also das interessirt mich nicht, ob die Sache populär ist, da meine Exizenz im Amte von jedem Wahlkreise unabhängig ist und der einzige Wähler, den ich habe, E. Majestät der Kaiser, mit mir zufrieden ist. Also von Wahlfurcht und Sorgen, wie die Sache aufgenommen wird, bin ich nicht beherrscht, und diese Freiheit erlaube Sie mir zu benutzen, denn die Freiheit ist nicht viel vertreten in den parlamentarischen Körperschaften, da sie sich nicht unabhängig bewegen können von dem, was ein Wähler, von dem, was Jedermann in ihren Wahlkreisen aufwirft, der vielleicht im Liberalismus um ein paar Centimeter höher springt, wie der Vordröner, und Mittel findet, ihn in seiner Stellung zu erschüttern. Das ist eine Fraktionsfrage, eine Mandatsfrage, wir aber sind unabhängig von lokalen Verhältnissen und Popularitäten. Die Frage ist für mich allein die, ob der Vordröner, den wir dem Tabaksmopol geben, objectiv berechtigt ist. Ich erlaube mir unter den vielen Zeugnissen, die mir in die Hand gekommen sind, das eines Ausländers anzuführen, der auch von keinem deutschen Wahlkreise abhängig ist; es ist ein Vielen von Ihnen wohlbekannter National-Ökonom, Leroy-Beaulieu, der darüber seinerseits in seinem großen Werk über Finanzwissenschaft vom Monopol sagt:

„Es fällt uns gar nicht schwer, die Steuer

auf den Tabak zu billigen, selbst wenn sie zu sehr hohem Satz und in der Form des Staats-fabrikations-Monopols eingehoben wird. Die Finanzen eines Landes müßten eigenthümlich günstig stehen, wenn es auf eine so unschädliche, so moralische, so ergiebige Auflage, und auf eine so leichte Einhebungsweise verzichten wollte.“

Der Mann ist kein Freund unseres Regierungsprincipes; er ist Freihändler.

„Das Tabaksmopol hat selbst auf dem Standpunkte der Fabrikation und der Waarenqualität nicht bloß Unzulänglichkeiten; bei höchsten Steuerätzen liefert allein das Monopol unverfälschte Waare; das ist unzweifelhaft. Der (frühere) Vize-Präsident des Reichstages, Herr von Stauffenberg, hat bemerkt: Wir Raucher wissen wohl, daß wir rauchen, aber nicht, was wir rauchen. Die Steuerätze in Frankreich sind viel höher, als die vor drei Jahren in Deutschland diskutirten, gleichwohl sind die Fabrikate rein; das ist ein sehr starkes Argument für das Monopol. Die gemeinen Sorten französischen Tabaks sind, wie man weiß, sehr geschätzt. Wenn es sich um einen Gegenstand handelt, dessen Erzeugung nur Sorgfalt und Ehrlichkeit erheischt, und welcher überdies schädlich ist, ist das Monopol keine schlechte Sache, wenn es dem Staate jährlich 270 bis 280 Millionen Reinertrag liefert. Will man große Erträge aus dem Tabak ziehen, so hat man nur zwischen zwei Besteuerungssystemen die Wahl: demjenigen Englands und dem directen oder indirecten (verpachteten) Staatsmonopol. Das directe Staatsmonopol ist vorzuziehen; es bietet dem Raucher mehr Garantien . . . Es ist nicht zu verwundern, wenn der Kanzler des Deutschen Reiches, Herr von Bismarck, daran gedacht hat, das Monopol in seinem Lande einzuführen. Man begreift nicht, wie ein Staat mit solchen Bedürfnissen sich damit zufrieden giebt, jährlich 20 Millionen aus einer Anleihe zu ziehen, welche bei guter Veranlagung das Sechsfache und selbst das Zehnfache einbringen kann, ohne die ökonomische Lage des Reiches zu schädigen. Der Tabak ist in Deutschland geringer besteuert als die gesunden Getränke; das ist finanziell eine Aburdität und moralisch ein Scandal. Man macht geltend, die Einführung des Monopols koste 300 Millionen Francs und werde lebhaften Widerstand begeben; aber der Ertrag rechtfertigt es, daß man diese Ausgabe macht und einer vorübergehenden Unpopularität sich aussetzt.“

Nun, meine Herren, der Bericht der Kommission entkräftet keine dieser Angaben. Ich habe den Bericht überhaupt mit Ueberraschung gelesen; der Herr Verfasser hat das ganze — allerdings sehr umfangreiche Material, welches die Enquete von 1878 über diese Frage bietet, unbenutzt gelassen, das ganze Material, welches für die Bedürfnisfrage die Motive des preussischen Verwendungsgesetzes geben, vielleicht gar nicht genannt, jedenfalls unbenutzt gelassen, also die Frage, ob wir überhaupt Geld brauchen, ist gar nicht erörtert, und erst, wenn diese klar ist, können wir darüber reden, ob Monopol oder nicht. Das Ganze macht auf mich den Eindruck des Requisitoriums eines Staatsanwaltes, der à tout prix eine Verurtheilung braucht. Ich sehe keine Verdrückung, keine Erwähnung des Regierungsstandpunktes darin; die Kritik, die es enthält, haftet an Neuzerlichkeiten, Detailfragen einzelnen technischen Positionen — darüber ließe sich ja diskutieren und amendiren, an der Spitze von allen Einwendungen steht am wunderbarsten: die Beschwerde darüber, daß die Straßburger Manufaktur sich geweigert hätte, ihre Bücher vorzulegen. Was in aller Welt hat die Straßburger Manufaktur, die außerhalb der Monopolverhältnisse steht, mit der Frage zu thun, ob der Staat, das Reich, Bedürfnis hat, die durch indirekte Steuern, durch neue Steuern befriedigt werden sollen, und ob das Monopol der nächstbeste Weg dazu ist? Bekanntlich wirtschaftlich die Fabrik ohne Monopol, und sie könnte geschickt oder ungeschickt geführt sein, sie könnte Schätze sammeln oder sie könnte dicht vorm Bankrott sein, es würde uns nicht die leiseste Auffklärung über die Frage liefern, mit der wir uns hier beschäftigen, und ich halte es für einen

unmüßigen von dergle dem ganzen der konfur ferenten v burg ein Herr Veri nopolis in Straßburg tigger oder Erträge Argument Monopols demonstria Nachbarst und sie n die Seit 181 rauchen g in Deuti von Priv habenden Gebrauch gar kein England hintomom zugenom Maße in leisten tö und me ständig in aufheime Evidenz Zeit da schädigt weisen, erst bei nachher ihm Wa anweinen er über Majestät überzeu feiten f so dau veranjo 1878 die W nopol darüber lischen durch die T eine r es lie nicht werde es ja Welt zivilis über popul z. B. wo i eine nopol finde heißt

unmöglichen Wortverbrauch, durch Vorwendung von dergleichen Aeußerlichkeiten die Diskussion des innern Kerns der Frage zu hindern. Aus dem ganzen Verlangen leuchtet die Auffassung der konstituierenden Landstände des Herrn Referenten vor, denen die Tabakfabrik in Straßburg ein Dorn im Auge ist. — Aber wenn der Herr Verfasser damit die Rentabilität des Monopols in Frage stellen will, weil etwa die Straßburger Manufaktur in Folge nicht richtiger oder franzoisirender Leitung nicht genügende Erträge brächte, was ich nicht weiß, so trifft dies Argument in keiner Weise die Rentabilität des Monopols; diese ist ja vollständig ad oculos demonstirt durch die Ergebnisse, die es in unsern Nachbarstaaten hat; dort ist die Sache geprobt, und sie wird toto die geprobt, und die Frage, ob das Monopol 1815 etwas eingebracht hat in Frankreich oder 1845, ist ebenso irrelevant, wie die Frage der Straßburger Manufaktur. Seit 1815 hat der Franzose überhaupt erst rauchen gelernt, und 1845 war selbst bei uns in Deutschland das Cigarrenrauchen eine Art von Privilegium der größeren Städte und wohlhabenden Leute, es war noch nicht in allgemeinen Gebrauch übergegangen; also der Vergleich hat gar keine Bedeutung. Wer in Frankreich und England gewesen ist vor 40 Jahren und wieder hinfommt, wird erstaunt sein, wie das Rauchen aufgenommen hat in Frankreich und in demselben Maße in England; was die Franzosen im Rauchen leisten können, können die Deutschen auch (Heiterkeit) und mehr wie die. Die Rentabilität ist vollständig außer Betracht und auch an unsern einheimischen Fabriken und Händlern bis zur Evidenz nachgewiesen. Ich habe in der langen Zeit daß ich mich mit der Monopolfrage beschäftigt habe — ich kann es attemmäßig nachweisen, zurück bis zum Jahre 1867, wo ich zuerst bei dem Anerbieten der Stellung, die er nachher einnahm, den Minister Delbrück, che ich ihm Vorschläge machte, durch einen unter uns anwendenden Abgeordneten darüber sondire, wie er über die Monopolfrage dächte und es seiner Majestät dem König mittheilte — mich davon überzeugt, daß in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten sein würden, sobald ein Substrat vorliege, so dauerhaft wie das Deutsche Reich von ihm veranschlagt wurde und nicht mehr der künb bare Zollverein. Ich habe außerdem schon im Jahre 1878 daraus gar keinen Hehl gemacht, daß ich die Besteuerung als Durchgangsform des Monopols erkrabe, und die betreffenden Akten geben darüber Aufschluß; ich habe mich nur dem fiskalischen Princip nicht anschließen wollen, zuerst durch die Modalität der veranlagten Steuern die Tabakfabrikation zu ruiniren, um nachher eine mindere Entschädigung zahlen zu müssen; es liegt aber meiner Meinung nach die Zeit nicht fern, wo das Monopol allmählig populär werden wird, zuerst bei den Tabakbauern, wo es ja jetzt schon in Denjenigen, die wirklich die Weltverhältnisse übersehen können und die so zivilisirt sind, daß sie nicht jeder Unwahrheit über die Wirkung des Monopols zugänglich sind, populär ist. Es ist darin sehr lehrreich, was z. B. in der Pfalz darüber gesagt wird, von wo ich von der Hauptgemeinde dort erst kürzlich eine Petition mit der Bitte bekam, an dem Monopol festzuhalten, und worin ich eine Notiz finde über die Stellung des Elsaß dazu; da heißt es:

„Wenn noch Zweifel über die Gründe bestanden, warum die reichsländischen Reichstags-Abgeordneten sich auf die Seite der Gegner des Monopols stellten, so wären dieselben endgültig durch die Ausführungen bestätigt, welche der „Ezpreß“ dieser Tage veröffentlicht.“

Einer der Abgeordneten machte nämlich den Versuch, die elsaß-lothringische Vertretung im Reichstage gegen den Vorwurf zu vertheiden, daß sie sich in dieser Angelegenheit in Gegensatz zu der ausgesprochenen Ansicht ihrer Wähler gesetzt habe. Die wirtschaftlichen und finanziellen Vortheile der Vorlage, heißt es in dem Artikel, müssen vollkommen anerkannt werden. Wenn gleichwohl die reichsländischen Abgeordneten das Wort zur Verttheidigung des Monopols nicht ergreifen haben, so seien sie im letzten Augenblicke durch politische Bedenken davon abgehalten worden.

Nun, die politischen Bedenken kann man sich vorstellen, worin sie bestehen, Sie fürchten das Reich zu kräftigen durch Bewilligung des Monopols; aber im Uebrigen geht daraus hervor, daß die elsaßer Abgeordneten ihren Wählern gegenüber genöthigt sind, durch politische Gründe, reichsunfreundliche politische Gründe, ihre Abstimmung gegen das Monopol zu rechtfertigen.

Die Rentabilität ist keine terra incognita, auch bei uns nicht. Wenn Sie die Listen der Ladenmieten hier in Berlin für die Cigarrenhändler durchgehen, wie sie für kleine Locale bis zu 9000 Mk. steigen, so muß das Geschäft doch etwas abwerfen. Mir hat ein persönlich befreundeter Inhaber einer der größten Cigarrenfabriken in Schleswig-Holstein darüber mitgetheilt, daß er seinerseits als Hauptprodukt eine Gattung Cigarren fertigt, die von seinen Anehmern unter verschiedenen Nummern verkauft wird; er erhalte seinerseits für das Tausend 28 Mk., die Herstellung dieser Tausend Cigarren koste ihm 18 Mk., und wenn er eine so große Einrichtung hätte wie im Monopol, vielleicht nur 17; aber für ein Fabrikat, was mit 18 Mk. zu Buche steht, bekäme er 28 Mk., das sind ungefähr 60 pCt. Er sagt ferner, wenn ich zufällig meine Cigarre nicht bei mir habe, dann muß ich diese von mir zu 18 Mk. hergestellten Cigarren mit 5 Mk. per 100 mit 50 Mk. per 1000 meinerseits bezahlen, um sie zu rauchen, und wenn ich sie einzeln kaufe, kosten sie überall 5 Pf. Das ist etwa 75 pCt. was der Händler Profit nimmt; zwischen beiden stehen also etwa 130 pCt., die an dem Geschäft profitirt werden. Wenn Sie danach die Rentabilität bezweifeln, so glaube ich nicht, daß Sie das mit Ueberzeugung thun können. Das Monopol ist keine terra incognita mehr, seine Ergebnisse sind anderwärts vollständig bekannt.

Was die sonstigen Einwendungen gegen das Monopol betrifft, so will ich zuerst eine Frage berühren, die, soviel ich habe sehen können, in dem Bericht gar nicht berührt ist. Es ist das die Arbeiterfrage. Die hat früher eine große Rolle gespielt. Ich habe behaupten hören, es würden 400,000 Arbeiter brodlos, dann waren es 40,000, und ich weiß es nicht, welche phantastischen Ziffern den Wählern darüber beigebracht sind. Das einzige amtliche Material, das wir darüber haben und das zuverlässig ist, liegt in der Tabaksenquete von 1878. Da ist die Zahl der gesammten in der Tabakfabrikation beschäftigten Arbeiter auf 110,000 angegeben, von denen 4000 außerhalb des Zollvereins wohnen. Die Zahl aller der in den Tabakhandel beschäftigten Individuen — und in ihnen liegt der Hauptwiderstand — ist angegeben auf 8525 Köpfe im ganzen Deutschen Reich. Die regieren ihrerseits die heutige Bewegung und haben ja einen erheblichen Einfluß und jeder, der Opposition gegen die Regierung treibt, steht ihnen ja bereitwillig bei. Aber diese 110,000 Arbeiter mit sammt den 8000 im Handel beschäftigten, also sagen wir 120,000 Leute, würde die Regie doch mit Leichtigkeit absorbiren und unterbringen, und es werden da keine Arbeiter brodlos. Wenn Sie Jedem, der ab und zu als Kellner oder sonst mit Cigarren handelt, oder Jedem, der in dem Materialladen zwischen Heringsstücken und Petroleum auch ein paar Cigarren stecken hat, dazu rechnen wollen, dann freilich werden Sie höher kommen. Aber die Enquete liegt vor; sie ist amtlich, hier ist sie gedruckt. Seite 14 in Nr. 37 der damaligen Drucksachen giebt keine höhere Ziffer an.

Diesen Arbeitern würde es keinesfalls so schlecht gehen; es würde besser für sie gesorgt werden, als z. B. für die meiner Rechnung nach ca. 100,000 Arbeiter der Eisenindustrie, die vor einigen Jahren dem Moloch des Freihandels ohne alles Mitleid geopfert wurden. (Sehr wahr! rechts.) Ist den der Eisenarbeiter seinerseits minderverthiger als der Tabakarbeiter? Wenn wir das Tabakgeschäft schädigen, werden wir angeklagt, als wenn wir uns an den Heiligthümern der Nation vergriffen hätten. Und damals wurden lediglich aus theoretischen Freihandelsbeständen von den, mögen es 4 oder 600,000 sein — die Statistiken sind mehr unvollkommen in dieser Beziehung — aber circa 100,000 Arbeiter in der Eisen-Industrie ganz sicher brodlos und um ihr Schicksal hat sich kein

Mensch gekümmert, weder um sie, noch um ihre Frauen und Kinder. Während der Einführung des Eisenbahnmonopols in früheren Zeiten — ob, da die Fuhrleute, die Gastwirthe brodlos wurden, wer hat danach gefragt? Und das Eisenbahnmonopol war meines Erachtens sehr viel ungerechter, in dem Maße ungerechter, als es ein Privatmonopol war. Eine an Privat-Aktiengesellschaften verpachtete Ausbeutung der Verkehrsbedürfnisse einer Provinz — das war der Ausdruck für das faktische Eisenbahnmonopol. Das Monopol entstand nothwendig, nachdem alle anderen Transportmittel todt gemacht waren und Jeder, der sie brauchte, der Eisenbahn in die Hände fallen mußte, nachdem man nach Analogie der französischen Generalpächter der Steuern einer Provinz die Ausbeutung des Verkehrs einer Landschaft an eine Privatgesellschaft abließ, um daraus so hohe Aktien dividenden herauszuschneiden wie möglich, — das war ein außerordentlicher Mißbrauch des steuerablennden und verkehrsbedürftigen Publikums zu Gunsten der Kapitalisten, die dieses Monopol der Eisenbahnen erhielten. Wer hätte daran gedacht, die Brennerien zu entschädigen, als 1820 das jetzt mutatis mutandis noch geltende Brennergesetz eingeführt wurde. Da gingen zwischen 20= bis 30,000 landwirthschaftliche Brennerien ein (Sehr richtig!), die nicht mehr bestehen. Die Besitzer haben das Schicksal getragen mit der Ergebenheit und Bescheidenheit, die man von einem Landwirth überhaupt in feierlicher Beziehung erwartet. (Heiterkeit.) Sie haben gehungert, haben gehorcht, sind zum Theil Vantrott geworden und ihre Wege gegangen. Es ist kein Geschäft gewesen, und es waren nicht lauter Landjunker (Heiterkeit), es waren eine Menge Bürgerliche darunter; so schlecht soll es also den Tabakarbeitern nicht ergehen. Auch die Leiden der Stadt Bremen, die dem Referenten am Herzen liegen müssen, als die seiner engeren Heimath, werden nicht so schwer sein, wie er sich vorstellt. Tabakshandel wird die Regie auch brauchen, und es ist nicht zu denken, warum sie nicht durch die geübten und erfahrenen Bremer Firmen ihre Geschäfte besorgen sollte. Ich wenigstens würde mich immer widersetzen, ich werde es ja nicht erleben, aber ich spreche nur meine Ansicht aus, um den Sinn klar zu machen, in dem ich die Vorlage gemeint habe. Das würde doch immer noch den bisherigen Handelsweg festhalten, um zu beziehen. Ich erinnere daran die älteren Herren, daß Hamburg früher der Hauptort für indischen Zucker war. Hamburg wimmelte von Zuckerröbriern. In Hamburg gab es allein 90 Zuckermäler. Wie groß muß die Zahl der dortigen Fabrikarbeiter gewesen sein! Durch die Entwicklung des Rübenzuckers und zum Theil auch durch die Zollgesetzgebung ist diese Hamburger Industrie, ohne welche Hamburg damals nicht leben zu können glaubte und bankrott zu werden fürchtete, zu Grunde gegangen. Solche Fälle sind öfter vorgekommen, und immer ist man wieder zu neuer Blüthe gekommen, von den Kalamitäten nichts mehr zu spüren. Und wie es mit dem Zusammenbruch der indischen Zucker-Raffinerien und -Siebereien gewesen ist, so wird es auch bei Bremen mit dem Tabak gehen, daß es in ein paar Jahren überwunden sein wird.

Aber den Vorwurf des Sozialismus möchte ich noch erwähnen. Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, die wir zum großen Heile des Landes getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat bei unferem Reiche überhaupt angewöhnen müssen. (Sehr richtig!) Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiete des Sozialismus reformirt entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergische Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus, dem Einen das Gut zu nehmen, dem Andern zu geben, ein sehr viel stärkerer Sozialismus als ein Monopol. Ich treue mich, daß es so gekommen ist, daß man diesen Sozialismus geübt hat; wir haben dadurch einen sehr wohlhabenden, freien Bauernstand erhalten, und ich hoffe, wir werden mit der Zeit Aehnliches für die Arbeiter erreichen, — ob ich es erleben kann ich bei dem allgemeinen, prinzipiellen (Fortsetzung in der Beilage.)

Bekanntmachung.

Der bezüglich der Vorgartenfluchtlinie für die Hallesche Chaussee ersängte Bebauungs- und Fluchtlinienplan (Section I) ist in Gemäßheit des § 8 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 förmlich festgestellt und liegt vom 20. d. Mts. ab im Communalbureau zu Jedermanns Einsicht während der Dienststunden aus.
Merseburg, den 16. Juni 1882.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der bezüglich des Hausbesitzer Hesselbarth'schen Grundstücks, Krautstraße Nr. 2, abgeänderte Bebauungs- und Fluchtlinienplan (Section XII) ist in Gemäßheit des § 8 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 förmlich festgestellt und liegt vom 20. d. M. ab im Communal-Bureau zu Jedermanns Einsicht während der Dienststunden aus.
Merseburg, den 16. Juni 1882.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Nutzung des **Hartobstes** an den Communal-Anpflanzungen vor dem **Klauffentore**, auf dem **Gerichtskaine**, hinter der **weißen Mauer** und auf dem **Wege** von der **Klaufe** nach der **Königs-Mühle** soll

Mittwoch, d. 28. Juni er., Vormittags 11 Uhr, im Communal-Bureau öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden. Nachtlustige werden ersucht, sich in diesem Termine pünktlich einzufinden. Die Bedingungen der Verpachtung werden im Termine bekannt gemacht.
Merseburg, den 19. Juni 1882.

Die Deconomie-Deputation
Schwiderl.

Mobiliar- u. Auction in Merseburg.

Sonnabend, den 21. d. Mts., Vormittags 9 Uhr an sollen im hiesigen **Rathskeller** folgende 1 gutes tafelförmiges Instrument, 3 Sophas, div. Tische, Stühle, Kleider- und Wirtschaftsschränke, Kommoden, Spiegel, Uhren, Bettstellen, Federbetten, 1 Nähmaschine für Schneider (Singer'sches System), 19 Flaschen Wein, 1 große Parthie neue Herren- und Knaben-Anzüge, Damen-Regenmäntel, Schnittwaaren, Kinderlederhosen und dergl. mehr weißb. gegen Baarzahlung versteigert werden.
Merseburg, den 19. Juni 1882.

A. Hindfleisch, Kreis-Auctions-Commiff. und Gerichts-Taxator.

Wiesen-Verpachtung.

Rittergut Löpzig verpachtet
Mittwoch den 21. Juni, Nachmittags 3 Uhr, circa 25 Morgen Wiesen in einzelnen Parzellen.

Ca. 90 englische Lämmer

stehen zum Verkauf auf dem

Rittergut Oberthau
bei Schleuditz.

Diesem Buche verdanken schon viele Tausend

In dem Buche **Dr. White's Augenheilsmethode**, durch das wirklich echte Dr. White's Augewasser von Traugott Ehrhardt in Großbreitenbach in Thüringen, welches schon seit 1822 in vielen Auflagen erschienen ist, findet fast jeder Augenkranke etwas Passendes. Die darin enthaltenen Mittel sind genau nach den Originalen abgedruckt und bieten sichere Garantie der Sicherheit. Dasselbe wird auf franco Bestellung und Beischluß der Frankungsmarke (10 Pf.) gratis versandt durch Traugott Ehrhardt in Großbreitenbach in Thüringen und vielen anderen Buchhandlungen. Auch zu haben bei Herrn **Gust. Lohs** in Merseburg.
всѣмъ похвѣляемъ благодаренъ есмь

Die anerkannt beste und billigste Bezugsquelle für

Schuhwaaren

bietet der Verkauf von

Jul. Mehne's

Schuhwaaren-Niederlage,
kl. Ritterstrasse Nr. 1.

Reichhaltigste Auswahl aller existirenden Sorten, vom feinsten bis zum gewöhnlichsten Genre. Streng reelle Bedienung. Umtausch gern gestattet. Reparaturen prompt.

Salzbutter

Ia. Qualität per Pfd. 75 Pfg,
IIa. " " " 70 "

empfehl

Richard Helbig,
Burgstraße 9.

Nordhäuser Brantwein,

pr. Liter 40 Pfennige und

" " 50

Richard Helbig, Burgstraße 9.

empfehl

Grundstücks-Verkauf.

Das in hiesiger Krautstraße sub Nr. 5 c belegene jög. Viehgrundstück, bestehend aus Wohnhaus, Hof, Stallung und 2 Morgen Garten nebst Viehputenfließ, soll

Sonnabend den 24. Juni d. J., Nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Restaurationslofale zum **Augarte** n meistbietend verkauft werden, wozu ich Kauflustige ergebenst einlade. Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht.
Merseburg, den 15. Juni 1882.

Merseburg, den 15. Juni 1882.

Gelbert,

Kreißer-Actuar u. D. u. Auctionator.

Bau-Material.

2400 laufende Meter behauenes **Bauhholz** in verschiedenen Längen und Stärken,
20 Schock Dachlatten,
180 " Sellige Kantenlatten, zu Spalier und Gitter geeignet,
sind aus den früheren Schulgeschen **Trockenschuppen**, **Saalufer 8** hieselbst, durch mich zu verkaufen.
Mit näheren Auskünften über Preise u. s. f. siehe zu Diensten.

Max Thiele,
Merseburg.

Rohr-Stühle

werden gut und dauerhaft geflochten von **Emilie Reichmeister** geb. **Jankus**, **Mühlberg Nr. 10.**

Bergmann's

Theerschwefel-Seife,

bedeutend wirksamer als Theerseife, vernichtet sie unbedingt alle Arten Hautunreinigkeiten und erzeugt in kürzester Frist eine reine, blendend-weiße Haut. Vorräthig à Stück 50 Pfg. in den **Apotheken.**

Pfefferkurken,

hochfein im Geschmack, p. Pfd. 25 Pf.,

Limburger Käse

empfehl

Richard Helbig,
Burgstraße 9.

Hochfeine

Maljes-Heringe

à Stück 10 Pf., empfehl

Gustav Hensel.

Logis.

Rohmarkt Nr. 12 sind 2 Wohnungen zum Preise von 120 Mark zu vermieten. **Max Thiele.**

Die Parterre-Wohnung, Unteraltenburg 11, bestehend aus Stube, Kammer, Küche, Bodenkammer und sonstigem Zubehör, ist zum 1. Juli oder 1. October an ruhige Mieter zu vermieten; zu erfragen kl. Ritterstr. 8.
Ein freundliches **Logis** ist umzugs halber an ordentliche Leute per 1. Juli zu vermieten
Sigrtberg 13.

Unteraltenburg 60 ist die erste Etage im **Ganzen** oder getheilt zu vermieten und 1. October zu beziehen.

Eine Besitzung, circa 200 Morgen pr. Maas groß, Weizenboden, milder Lehm, mit vollständigem Inventarium, Vieh, Holländer Race, ist anderer Unternehmungen halber für den Preis von 40.000 Mk. zu verkaufen. Aus-saat gut. Swirrinten, Poststation Laugzargen, Kreis Tilsit.
M. Broschell.

Ein kleines **Läufer-schwein** ist zu verkaufen **Oberaltenburg Nr. 3.**

Zur jetzigen Pflanzzeit empfehl mehrere Hundert Schock **Gemüse-pflanzen**, von allen Sorten, zu billigen Preisen.
Weber, Handelsgärtner,
Wobigauerstr. 5b.

100 einfache **Petunien** in schönstem Farbenpiel, passend für Gruppen, hat billig abzugeben **d. D.**

Feuerwehr-Übung

Mittwoch, den 21. Juni, Abends 8 Uhr.
Antritt: am **Thüringer Hofe.**
Der **Feuerlösch-Direktor.**

Frauen- u. Jungfrauen-Berein St. Marimi.

Mittwoch, den 21. Juni, Nachmittags 2 Uhr, Nähen im **Herzog Christian.**

Sternschießen

Sonntag, den 25. Juni, wozu freundlichst einladet
G. Apitsch,
Löbse bei Weißenfels.

Rathskeller.

Morgen, Mittwoch, von 9 Uhr ab
Speckkuchen.
C. Saller.

Per 1. Juli suche ein **ordentliches**

Dienstmädchen.

Frau Fanny Teucher.

Zum 1. October er. wird ein **Mädchen**, welches das Kochen versteht und die übrige Hausarbeit versteht, und ein **Diener**, am liebsten gewesener **Offizierburche**, gesucht vom **Amtsrichter Franke** in Lügen.

Die Beleidigung, welche ich gegen die Frau **Scharf** ausgesprochen, sie habe falsch geschworen, nehme ich zurück.
S. W.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Heute **Vormittag 9 1/2 Uhr** verschied nach langen, schweren Leiden unsere liebe Mutter, Schwester, Groß- und Schwiegermutter **Marie Sommer** geb. **Busch** im 77. Lebensjahre, was hiermit, um stille Theilnahme bittend, tiefbetrüb anzeigen **die trauernden Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet **Mittwoch** **Nachmittag 4 Uhr** statt.

Hierzu eine Beilage.

Widerstande, der mir auf allen Seiten entgegentritt und mich ermüdet, nicht wissen. — Aber Sie werden genöthigt sein, dem Staate ein paar Tropfen sozialen Oels im Rezepte beizusetzen, wie viel, weiß ich nicht, aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachlässigung der Pflichten der Gesetzgebung, wenn sie die Reform auf dem Gebiete der Arbeiterfrage nicht erstreben würde, von der wir den Anfang Ihnen jetzt gebracht haben, wenn wir auch zur unbequemen Sommerzeit kaum erwarten können, daß Sie sie sofort bis zum Ende durchberathen. Sozialistisch war Herstellung der Freiheit des Bauernstandes, sozialistisch ist jede Expropriation zu Gunsten der Eisenbahnen sozialistisch im höchsten Grade ist z. B. die Kommassation, die Zusammenlegung der Grundstücke, die dem Einen genommen werden — in vielen Provinzen ist das Gesetz — und den Anderen gegeben, bloß weil der Andere sie bequemer bewirtschaften kann, sozialistisch ist die Expropriation nach der Wassergesetzgebung, wegen der Verinselung u. f. w., wo dem Einen sein Grundstück genommen werden kann, weil es ein Anderer besser bewirtschaften kann, sozialistisch ist die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau, d. h. der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundstücken einen Weg für die Durchreisenden unterhalten muß. Das alles ist sozialistisch. Ich könnte das Register noch weiter vervollständigen; aber wenn Sie glauben, mit dem Worte „Sozialismus“ Jemand Schrecken einflößen zu können oder Gespenster zu citiren, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe und dessen Ueberwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus nothwendig ist.

Nun, wenn ich hier einen Panegyrikus für das Monopol halte, so will ich damit nur motiviren, warum wir gerade diesen Weg, trotz seiner Unpopularität zuerst vorgeschlagen haben, daß wir Ihnen aber das volle Recht zuerkennen, zwischen den Wegen eine Auswahl zu treffen; die Frage liegt auf Ihrem Gebiete und in Ihrer Attribution und ich kann nur mit einer alten Berliner Redensart sagen: Darum keine Feindschaft, wenn Sie das Monopol ablehnen! Nur mögen Sie es auch uns nicht übel nehmen, daß wir es vorgeschlagen haben, und ich begreife gar nicht, wo der Born herkommt, als wären wir mit Landesverrath und Verfeinerung aller konstitutionellen Rechte und Verfassungsbruch zu Werke gegangen, wenn wir Ihnen einfach eine Vorlage darüber bringen, ob Sie das Geld, das gebraucht wird, auf diesem Wege aufbringen oder auf einem anderen Wege — Ihre Berechtigung zur Ablehnung in Zweifel zu ziehen, wird Niemand einfallen, — so verstehe ich nicht warum der zornige Eifer über diese reine Utilitätsfrage überhaupt entstanden ist. Ich kann ihn nur auf denselben Gebiete suchen, auf dem ich die Ursachen der Abneigung suche, diese Fragen überhaupt zu diskutieren. Ich habe den Eindruck von dem Verhalten des preussischen Landtages und der da führenden und herrschenden Parteien und von dem Verhalten des Reichstages dem jetzigen Monopologesetze gegenüber, daß die Gegner der Regierung die Diskussion scheuen. Sie suchen sie zu verhüten, und soweit das nicht gelingt, die Sache so rasch und flüchtig wie möglich abzumachen, ohne gründliche Prüfung der Fragen für und wider. Das ist ein sehr brillantes Zeugniß für die Nichtigkeit der Vorlage. Sie scheuen die gründlichste Diskussion derselben, wir aber nicht, und wenn Sie uns nöthigen, sie einstweilen von Brette abzuschieben durch eine ganz bestimmte Beigerung, so werden Sie die Verantwortlichkeit dafür tragen vor dem Volk. Wir lehnen die Last dieser Verantwortung von jetzt an ab, wir bedauern daß Sie sich so bestimmt dagegen erklären, aber in der Thatfache, daß Sie die Diskussion scheuen, finde ich zugleich die Begründung der Ueberzeugung, daß der Gedanke sich schließlich doch durchschlagen wird, wie Goethe von dem braven Reiter und dem guten Regen sagt: Er findet seinen Weg überall. Ein Minister kann ja heute bei der hochgradigen Wahltechnik niedergelegen

werden, aber ein Gedanke, der richtig ist, kann auf die Dauer nicht niedergelegen werden, und wäre er unrichtig, so mag er meinetwegen in die Brüche gehen. Ich halte ihn für richtig und glaube, er wird sich mit Erfolg schlagen und er wird noch von anderen Leuten in Zukunft mit Ueberzeugung vertreten werden. Ich habe kein Bedürfnis, ihn jetzt wieder aufzunehmen. Lehnen Sie also immerhin das Monopol ab; die Regierung wird dadurch nicht aus ihrer Bahn geschoben werden, aber glauben Sie nur nicht, daß Sie mit der Ablehnung die Reformfrage aus der Welt schaffen, weder die Reformfrage noch die Frage, ob der Tabak höher besteuert werden könnte. Sie kann aufgeschoben werden, wird aber immer wieder kommen und mit der einfachen Ablehnung schaffen Sie auch den Steuer-Tretator nicht aus der Welt, und der muß doch aus unserer Steuererhebung beseitigt werden, wenn wir in steuerlicher Beziehung die reine Wäsche einer civilisirten Nation uns erwerben wollen. Also ich habe genug gethan und sage mit dem kurzen französischen Ausdruck, was das Monopol anbelangt: *Pen ai fait mon deuil* — Ich bin die Verantwortung los.

Die Unausführbarkeit der Abhülfe wird Seine Majestät dem Kaiser als König von Preußen sehr schmerzlich sein, daß er seinen Unterthanen nicht helfen kann. Ich werde aber, soviel nur meine Kräfte erlauben, nicht müde werden, nach anderen Plänen und Mitteln zu suchen, um diesen Leiden meiner Mitbürger Abhülfe zu schaffen. Ich fürchte allerdings, daß ich damit ebensowenig Erfolg haben werde, wie mit den bisherigen Bemühungen im Monopol und wie beispielsweise, — es wird ja sehr viel von der Besteuerung der Getränte gesprochen, es war im Jahre 1880 oder 1881, da hatten wir ein Schanksteuergesetz vorgelegt, das namentlich den Branntwein erheblich besteuern sollte. Ja, das ist einfach abgelehnt worden kaum mit einer tieferen Begründung, als daß man es uns eben nicht bewilligen wollte. Ich befinde mich da in meinen Bemühungen, ich möchte sagen, einem Ring von Fraktionen gegenüber, wo ich voraussehe, daß jeder Schritt, den ich nach irgend einer Richtung behufs der Reform thue, erfolglos sein wird, weil die Fraktionen, auf deren Zustimmung es ankommt, entweder der Regierung überhaupt keinen Erfolg gönnen oder doch nur unter gewissen Bedingungen mit irgend einem „do ut des“, was die Regierung in dem Maße nicht leisten kann. Wir würden die Unterstützung mancher Fraktion vielleicht haben, wenn wir uns in ihren Dienst begeben, wenn wir dem Kaiser zureden wollten, irgend ein Kanossa zu machen, — ich meine nicht ein literales (Heiterkeit und Juraß links), ich meine ein liberales Kanossa. Kaiser Heinrich IV. hatte auch die Wahl zwischen vielen Gegnern, und ich erinnere Sie daran, daß vor ihm, unter Heinrich III., noch das Deutsche Reich in höchster Machtfülle da stand, und zwar seit lange, seit den karolingischen und sächsischen Kaisern her, und die kurze Zeit der Minorität Heinrichs IV. hat hingereicht, um den dem deutschen Gemüthe einwohnenden zentrifugalen Elementen eine solche Stärke zu schaffen, daß Heinrich IV., den man dafür zu hart beurtheilt, in der Nothwendigkeit war, um mit einem seiner Gegner Frieden zu machen, gegen den anderen freie Hand zu bekommen. Er unterwarf sich dem Papste, als dem bedeutendsten, nicht etwa aus Kirchlichkeit, aus Ehrlichkeit, in ihm steckte das germanische Arianerblut, und die Art, wie er sich benahm, nachdem er aus dem Bann gethan war, giebt darüber vollständige Klarheit; aber er war politisch in der Nothwendigkeit, eine der Parteien, der reichsfeindlichen Parteien, die im Reiche ihm gegenüberstand, zu verschönden. Hätte er sich gebeugt vor den Großen des Reiches, vor den damaligen Willungen oder Welsen oder vor den Sezeß — (große Heiterkeit links) vor den partikularistischen Niederachsen, ich meine die plattdeutschen alten Sachsen, hätte er sich vor denen gebeugt, dann würde der Klang, den der Name Kanossa in den deutschen Reminiszenzen hat,

vielleicht Harzburg oder Mainz, oder einen anderen Namen tragen. Kurz und gut, die deutsche Reichsgewalt ist schon öfter in die Lage gekommen, sich einem ihrer Gegner zu fügen und mit ihm zu paktiren, um gegen die anderen freie Hand zu bekommen, und es hängt ja von jeder Regierung ab, welche Wahl, wenn sie überhaupt dazu kommt, sie darin treffen will. Es wird in diese Verlegenheit immer nur eine Parteitregierung kommen. Wir, eine unparteiische, von jedem Partikularismus freie, wie die bisherige Reichsregierung, kann in diese Lage nicht gut kommen, wir haben ja die deutschen Großen, die die Reichseinheit unter Heinrich IV. in Frage stellten, die niederächsischen Partikularisten von damals, diese Großen gefährdet die Reichseinheit nicht mehr. Wir haben statt ihrer die Ferkelung in 25 souveraine Staaten, deren Grenzen wiederum durchschnitten sind von den viel tiefer einschneidenden Grenzen von 8—10 Fraktionen, so daß wir zu 200—250 Partikeln des Deutschen Reiches kommen, und der Partikularismus der Dynastien und der Regierungen ist sehr rückgängig geworden. Sie werden das ja auch in Ihren Fraktionen fühlen, daß er bei den Abgeordneten viel lebendiger geworden ist in letzter Zeit. Diesem Fraktions-Partikularismus befindet sich nun die Reichsregierung mit ihren Einheitsbestrebungen gegenüber, und ich habe das Gefühl, uns durch die Fraktionen überhaupt ditorisch behandelt zu sehen; es giebt da viele Leute, die denken „Zeit gewonnen, Alles gewonnen, interim sit aliquid und dann wird Alles anders und dann mit dem Hochdruck der Macht der Neuwahlen, dann werden wir eine große Partei schaffen.“ Es ist ja Alles möglich, ich kann in die Zukunft nicht sehen. Meine Mitwirkung kann dazu nicht in Aussicht genommen werden und ich bin überhaupt nicht mehr in der Lage, viel zu wirken auf dieser Welt, und ich habe das Gefühl, daß Keiner dieser Regierung irgend einen Erfolg noch gönnt; man meint, warum sollen wir die noch befestigen in ihrer Existenz, wie lange kann die überhaupt noch dauern, dann fängt unser Reich an. Nun, ich will es abwarten, aber es würde Ihnen das auch gar nichts helfen, wenn irgend eine Partei, eine Fraktion zur Regierung käme. Einmal, es ist in Deutschland und in Preußen keine stark genug, um die Regierung zu führen und auch nicht, wenn sie alle Unterstützung hätte, die sie dabei nur wünschen könnte, dann ist weder Deutschland noch Preußen von dem Parteistandpunkte überhaupt zu regieren, das liegt in unseren Fraktionsverhältnissen und die Fraktionsrantheit ist ja eine, an der das konstitutionelle Princip überhaupt in allen Ländern schwer leidet und in manchen zu Grunde gehen kann. (Hört! hört! rechts.) Die Fraktion ist etwas, was sich ja als eine große Bequemlichkeit des politischen Verkehrs für jeden neu eintretenden Abgeordneten erweist. Wer sich nicht berufen fühlt, der großen Gesamtheit des Reiches persönlich gegenüber zu treten, der findet eine ansprechende Vermittlung in dem Eintritt in eine Fraktion. Er hat vielleicht nicht das politische Kapital bei sich, um sich hinreichende Geltung zu verschaffen, ohne eine solche Vermittlung, aber er hat immer genug Kapital, um für die Aktien-Gesellschaft, die politische Gründung, die eine Partei in sich bildet, (Aß! links) einen Einschuß und eine Mitwirkung zu leisten. Er wartet auf seine politische Dividende und hat außerdem eine große Bequemlichkeit, er braucht sich keine eigene Meinung zu bilden, er kriegt sie fertig geliefert von der Majorität (Bravo! rechts) und wenn er zu Hause discutirt, so braucht er sich nicht zu rechtfertigen, er kann sagen, die Majorität unserer Freunde war dafür und die Fraktionsstatist hat es nothwendig gemacht, so zu handeln. Stat pro ratione numerus! Die Fraktion hat sich entschieden, die sachliche Seite ist vollständig gleichgültig. Auf der andern Seite liegt in dem Fraktionswesen eine große Schädigung unserer politischen Leistungsfähigkeit. Ich glaube, daß unsere politisch begabten Männer, unsere Staatsmänner durch die Fraktion, durch das Fraktions-

leben dem Staatsleben entzogen und entfremdet werden. Ich habe den Eindruck, daß in unsem heutigen politischen Leben überhaupt der Satz gilt, „Fraktion geht vor Reich“, „das Aktien-Unternehmen geht vor der Allgemeinheit.“ Man hat mir einmal eine ähnliche Aeußerung Schuld gegeben: „Gewalt geht vor Recht.“ Das war eine Lüge, das habe ich nie gesagt.

Dies ist mein Eindruck, den ich habe. Der Führer einer Fraktion wird für seine Verwendbarkeit im Großen und für die Möglichkeit seiner politischen Zukunft im Ganzen beschädigt. Ich will ja nicht davon sprechen, daß ohnehin, wie man sagt, unsere bedeutendsten und edelsten Kräfte im Haufthandel beschäftigt sind. (Große Heiterkeit. Rufe Rechts und im Centrum: Sehr gut!) Aber die wir für die Politik dabei übrig haben, werden durch das Fraktionswesen in die Lage gesetzt, daß sie, wenn es darauf ankommt, die Regierung zu übernehmen, den Fraktionsballast aus ihrem Schiffe nicht los werden können, um eine praktische, staatsmännische Ladung einzunehmen. Sie bleiben von der Fraktion abhängig, sie bleiben in der Wahlkraft, die unsere Verhältnisse beherrscht, abhängig von Wahlumtrieben. Sobald es heißt: „der und der wird nicht wiedergewählt; wenn das und das nicht geschieht.“ so ist ein Führer in der Lage, daß er jeder Wahlsorge Rechnung tragen soll, ein Minister aber nicht. Der kann auf Fraktionsfreunde und auf Wahlsorgen und Parteitaktik nicht Rücksicht nehmen; er muß das Alles abschütteln. Das Deutsche Reich und der Preussische Staat kann von einer Partei nicht regiert werden; dazu ist keine Partei stark genug und keine versöhnlich genug, sie können nur unabhängig von jeder Parteilichkeit, unabhängig von jeder Fraktions-taktik und von Wahlkreisrückichten regiert werden. Die Fraktionen bilden für mich einen Ring, den ich nicht durchbrechen kann und auch nicht zu durchbrechen brauche. Ich habe genug in meinem Leben gethan und bin gegen Enttäuschungen ziemlich abgehärtet. Wenn ich meine Schuldigkeit gethan zu haben glaube, so überlasse ich Gott das Uebrige, die Geschäfte haben das Interesse für mich verloren. Ich habe also kein Bedürfnis, diesen Fraktionsring meinerseits zu durchbrechen. Ich komme immer mehr zu der Rolle des Zuschauers, der sieht, wie sich die Sachen auf der Bühne entwickeln, aber ich habe lange genug in diesen Verhältnissen gelebt, um sie zu kennen und meine Ansichten darüber haben so viel Werth, wie die eines jeden Andern in Deutschland, nur außerhalb Deutschlands vielleicht einen höheren. Kein Prophet gilt im eignen Lande. Ich erwarte aber nicht, daß sich Jemand danach richten werde, aber ich lege mein Zeugniß ab. Eine Fraktion ist gewissermaßen eine Satyre auf das Arndtsche Lied: „Das deutsche Vaterland muß größer sein, das ganze Deutschland soll es sein!“ Der in die Fraktion tritt, dem ist das Ganze zu groß. Es schrumpft, durch seine Wille gesehen, zusammen auf das Fraktionsinteresse, und in der Fraktion — ich will ja Niemand zu nahe treten, wie ein Naturforscher, — verliert der Volksvertreter den Blick für das Allgemeine. Die Fraktionsbrille verdunkelt seinen Blick für die Gesamtinteressen. Man fragt nur noch, was hat die Fraktion davon? nicht, was hat das Reich davon? wenn man einen Entschluß faßt. Ich habe gelegentlich gelesen oder gehört, daß man sagt: Wir haben dem Kanzler 135 Millionen bewilligt.“ Das ist eine wunderliche Redensart. Was sollte ich mit dem Gelde? (Heiterkeit.) Wir kann es einerlei sein, ob Sie Gelde bewilligen. Der Ausdruck „Bewilligung“ ist überhaupt falsch; Sie haben beschlossen, daß das Geld zu bestimmten Zwecken des Landes verwendet werden soll. Ist Ihr Beschluß richtig, so muß es dabei bleiben, ist er schlecht gewesen, so hätten Sie ihn nicht

fassen sollen; aber ich habe mit dem Gelde nichts zu thun, Sie bewilligen nicht mir, sondern dem Volke Geld, der Nation, dem Reiche, das heißt: Sie beschließen, daß so und so viel für bestimmte Zwecke aufgewendet werden soll, und wir können das ohne Sie nicht beschließen; aber wir schulden Ihnen keinen Dank dafür, der Gedanke, Sie hätten mir etwas bewilligt, klingt fast komisch, mir ist es vollständig gleichgültig, was Sie bewilligen.

Nun, meine Herren, wenn ich so wenig Hoffnung habe und dennoch in meiner Stellung ausharre und mir so viel Mühe und Arbeit mache und Ihnen eine so bedauerlich lange Rede halte, wie die heutige, so können Sie mich ja fragen, was veranlaßt denn diesen matten Greis, seine Sijpphusarbeit fortzusetzen, wenn er selbst die Ueberzeugung hat, er kommt zu nichts. Meine Herren, wir haben in Preußen wenigstens, eine eigenthümliche militärische Tradition, das ist die des Dienst- und Pflichtgefühls. Sie wissen, daß ich nicht freiwillig in meiner Stellung bleibe, und wenn Sie mir in Gnaden und mit Zustimmung meines Herrn, des Kaisers, den Abschied verschaffen können, so bin ich außerordentlich dankbar. Interesse am Geschäft ist es nicht mehr, was mich hält; aber da ich aus persönlichen Gründen, aus den Rücksichten, die ich Sr. Majestät schulde, verhindert bin, der Absicht weiter Folge zu geben, die ich 1877 hatte, indem ich fühlte, daß meine Gesundheit meiner Thätigkeit ein Ziel setze, wenn ich daran verhindert bin, so bin ich auch nach meinem Gefühl, wie ich es von Jugend auf in Preußen gelernt habe, so lange ich das Amt trage, verpflichtet, dieses Amt zu warten, und ich muß meinen Dienst thun, es mag mir wider den Strich sein. Ich lebe viel lieber auf dem Lande, als unter Ihnen, so liebenswürdig sie auch sind. (Heiterkeit.) Wenn ich es dennoch thue, so ist es nur das Gefühl dessen, was man mit dem rohen Ausdruck „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ benennt, so lange ich den Titel des Kanzlers trage. (Bravo! rechts.)

Ich habe das Gefühl gehabt, ich wäre berechtigt gewesen zu gehen, im Jahre 1877. Es ist mir damals die Erlaubniß dazu versagt worden, und es kam darüber das Jahr 1878. Nachdem ich dort meinen Herren und König nach dem Nobilitirten Attentate in seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn, der Seinerseits seiner Stellung und Pflicht vor Gott und den Menschen Leib und Leben dargebracht und geopfert hat, gegen Seinen Willen nicht aus dem Dienste gehen kann. (Bravo! rechts.) Das habe ich mir stillschweigend gelobt, und das ist der alleinige Grund, warum Sie mich überhaupt hier noch sehen, das einzige Fleisch und Blut meines alten Herrn, dem ich geschworen habe, dem ich anhänge und den ich liebe. (Lebhaftes Bravo rechts.) Sonst im Uebrigen würde ich die Geschäfte gern einem Andern übergehen. Außer diesem Grunde des Pflichtgefühls ist es ein anderes, sehr natürliches, daß ich mit einer gewissen Sorge der Zukunft, den Einrichtungen entgegen sehe, deren Herstellung ich 30 Jahre meines Lebens und meine besten Kräfte gewidmet habe. Daß es mich mit Besorgniß erfüllt, wenn sie rückgängig werden, sich abmühen, sich nicht bewähren sollten, daß ist ein natürliches Interesse, über das ich mich aber auch scheiden muß. Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne nochmals wieder um den mir wohlbekannten runden Tisch des Frankfurter Bundestages sitzen könnten. Die Art, wie die Geschäfte gehen, schließt die Möglichkeit nicht aus, wenn die Achtung und das Ansehen, dessen wir uns heut zu Tage im Auslande erfreuen, erst mal einen Stoß erlitten haben sollte. Wir

haben eine große Autorität gewonnen, sie ist aber leicht zu erschüttern. Ich habe, als unsere Verfassung geschaffen wurde, unter dem Eindruck gehandelt, die Gefahr für den nationalen Gedanken, für unsere Einheit liege in den Dynastien, der Auker der Rettung und der Rettung für unsere Einheit liegt im Reichstage, deshalb muß man dem Reichstage möglichst viele Rechte geben und ihn möglichst stark hinstellen. Weil ich damals unter dem Eindruck der alten bundes-täglichen Verhältnisse, die ich noch nicht überwunden hatte, ganz von der Besorgniß beherrscht war, der nationalen Einheit und damit der Un-abhängigkeit von Fremden einen möglichst prägnanten, scharfen, bindenden Ausdruck zu geben, deshalb habe ich damals zugestimmt, den Reichstag in die Möglichkeit zu setzen, daß er seinerseits das Reich nicht nur fördern, sondern allerdings auch wesentlich schädigen kann, wenn er die Aufgaben, die von der Vorsehung in die Oekonomie des Deutschen Reiches eingefügt sind, nicht vollständig erfüllt.

Nun, meine Herren, ich gebe diesen Besorgungen für die Zukunft keine Audienz, aber mein Vertrauen darüber, daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei, beruht heutzutage auf den Dynastien. (Hört! Hört!) Die deutschen Dynastien sind heutzutage national gesinnt, sie haben das Bedürfnis, Rücken an Rücken zusammen zu stehen gegenüber allen auswärtigen Gefahren, aber auch ihre monarchischen Rechte, soweit wie sie verfassungsmäßig bestehen, nicht untergraben zu lassen. Wir haben feste Verbindung mit den außerhalb des deutschen Reiches belegenen großen Monarchien, welche gleiche Interessen mit uns vertreten, erhaltende, friedliebende. Ich glaube auch, daß diese Verbindungen dauernde sein werden, und daß die Verhältnisse, wie sie einst erstrebt wurden, ohne vielleicht einen festen Glauben an ihre Verwirklichung zu haben, im Jahre 1848 und später, sich befestigen und immer schärfer ausprägen und immer deutlicher gestalten werden, und daß in der Mitte von Europa eine große, feste, erhaltende Gewalt sein wird, und ich habe zu den deutschen Dynastien das Vertrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hochhalten werden, daß sie ihrerseits die politische und militärische Einheit des Reiches unverbrüchlich bewahren und jeder Versuchung Fremder widerstehen werden und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und wenn die Thätigkeit hier im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit leiden sollte (Lachen links), in einer bedenklichen Weise leiden sollte. Dann, meine Herren, habe ich das Vertrauen zu unseren Dynastien, ich habe Vertrauen zu der Zukunft unserer Einheit. Diese Einheit ist die Vorbedingung unserer nationalen Unabhängigkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Verfahrenheit, der unser deutsches Parteileben bei der unglücklichen Zankucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Popularität, wie sie bei uns eingegriffen, ausgeübt ist.

Meine Herren, ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse, aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies ans Herz zu legen: seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsternung begriffen! (Lebhaftes wiederholtes Bravo rechts; wiederholtes Zischen links.)